



INSTITUT DE RECHERCHES ÉCONOMIQUES ET SOCIALES – INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFORSCHUNG
Pont Bessières 3 – CH 1005 Lausanne – Tél. +41 21 320 95 03 – Fax + 41 21 312 88 46 - e-mail : info@mistrend.ch - www.mistrend.ch

AKTUELLE BANKENFRAGEN 2017

Meinungen und Einstellungen
der Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Studie durchgeführt für

die SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG - BASEL

durch das Institut M.I.S. TREND SA – LAUSANNE / BERN

Februar 2017



INSTITUT DE RECHERCHES ÉCONOMIQUES ET SOCIALES – INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFORSCHUNG
Pont Bessières 3 – CH 1005 Lausanne – Tél. +41 21 320 95 03 – Fax + 41 21 312 88 46 - e-mail : info@mistrend.ch - www.mistrend.ch

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. STUDIENBESCHREIBUNG	
1.1. Methodologie und Stichprobe	1
1.2. Interesse an Politik und Wirtschaftsfragen	4
2. MEINUNG ÜBER DIE BANKEN	
2.1. Die eigene Bank	7
2.2. Die Bank als Institution	12
2.3. Die Banken und die Wirtschaft	15
3. DIE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG DER BANKEN	22
4. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	25
5. GELDWÄSCHEREI UND DIKTATORENGELDER	30
6. DAS BANKKUNDENGEHEIMNIS UND DIE PRIVATSPHÄRE	32
7. FINTECH	39

1. STUDIENBESCHREIBUNG

1.1. Methodologie und Stichprobe

Die Befragung wurde nach dem gleichen Verfahren wie in den vorherigen Jahren durchgeführt: 1000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren werden jeweils im Januar telefonisch durch das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung M.I.S. Trend interviewt. Das Alter der Befragten ist nach oben nicht begrenzt. Weil diese Barometer-Erhebung seit über 15 Jahren regelmässig durchgeführt wird, lässt sich mit deren Hilfe die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Bank- und Finanzthemen über längere Zeit nachverfolgen. Um neuen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen, wurde der Fragebogen wiederum punktuell angepasst, sodass die Daten die Meinung der Schweizerischen Bevölkerung zu den aktuell relevanten Themen wiedergibt.

Alle Interviews wurden Anfang 2017 geführt. Die Informationserhebung fand vom 3. bis 24. Januar 2017 in den Telefonzentralen in Bern und Lausanne statt. Somit erfolgte die Informationserhebung zu mit den Vorjahren vergleichbaren Zeiträumen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein Vorteil, weil damit allfällige saisonale Schwankungen im Meinungsbild Rechnung ausgeblendet werden.

Es sind etwas mehr als hundert vorgängig über die Besonderheiten und Herausforderungen der Befragung geschulte Interviewerinnen und Interviewer eingesetzt worden. Insgesamt wurden 1000 Personen befragt. Die Stichprobe setzt sich folgendermassen zusammen:

500 Deutschschweizer

300 Westschweizer

200 Tessiner

Die Resultate wurden anschliessend entsprechend dem demographischen Anteil jeder Sprachregion gewichtet, um deren Repräsentativität auf der gesamtschweizerischen Ebene zu garantieren. Die Erstellung der Stichprobe basiert auf einer zufälligen Ziehung der kontaktierten Haushalte und einer Quotenauswahl der befragten Zielpersonen innerhalb dieser Haushalte.

Das Vertrauensintervall der Gesamtstichprobe beträgt maximal $\pm 3,1\%$. Für Analysen, die sich nur auf die Deutschschweiz beziehen sind es $\pm 4,4\%$, für die Romandie $\pm 5,7\%$ und für das Tessin $\pm 6,9\%$. Analysen mit kleineren Sub-Gruppen müssen unter Berücksichtigung entsprechend grösserer Vertrauensintervalle gemacht werden.

Die Zusammensetzung der Stichprobe hat sich im Vergleich zu den früheren Erhebungen nicht verändert (siehe Grafik 1). Rund ein Drittel der Befragten geht keiner Arbeit nach, wobei es sich dabei grossmehrheitlich um Personen im Pensionsalter und jüngere Menschen in Ausbildung handelt. Von der Gesamtstichprobe haben 37% eine Vollzeitstelle und rund 28% sind Teilzeitangestellte. Wie bei der Erhebung im Jahr 2015 ist Teilzeitarbeit unter den Frauen stärker verbreitet (38%, 2015: 39%). Ebenfalls gleich geblieben ist die Verteilung auf die Bildungsabschlüsse, wobei Lehrabschlüsse und Ausbildungen vergleichbaren Niveaus (Gymnasium, Seminar) mit 53% die am häufigsten vertretene Kategorie darstellen. Die Berufslehre bleibt das am weitesten verbreitete Bildungsniveau in der Deutschschweiz (44%, Romandie: 39% Tessin: 27%), wohingegen in der Westschweiz überdurchschnittlich viele Befragte einen Hochschulabschluss aufweisen (37%, Deutschschweiz: 30%, Tessin: 16%). Die 30- bis 60-Jährigen zeichnen sich wie in den Vorjahren durch ein deutlich höheres Ausbildungsniveau aus, wobei sich dies in den städtischen Agglomerationen am stärksten konzentriert (34%). Mit knapp über 50% ist der Lehrabschluss in Kleinstädten und ländlichen Gebieten wie bereits vor zwei Jahren der häufigste Kategorie (52%, 2015: 51%). Die Einschätzung des eigenen Wohlstandsniveaus ist ebenfalls vergleichbar mit 2015: 55% der Befragten sind der Meinung, dass ihr Haushalt bezüglich Einkommen über dem Durchschnitt oder wohlhabend ist, wobei dieser Anteil wie seit Jahren in der Deutschschweiz höher ist als in den anderen Landesteilen. Aufgrund dieser Ähnlichkeiten lassen sich die Daten über die Zeit sehr gut vergleichen.

Die Resultate wurden anhand von Kreuztabellen ausgewertet. Sämtliche Fragestellungen des Interviews wurden mit ausgewählten soziodemographischen, Verhaltens- und Einstellungsvariablen gekreuzt. Wichtige Unterschiede zwischen den einzelnen Subsamples werden im Text des Analyseberichts und zum Teil an Hand der Graphiken erläutert.

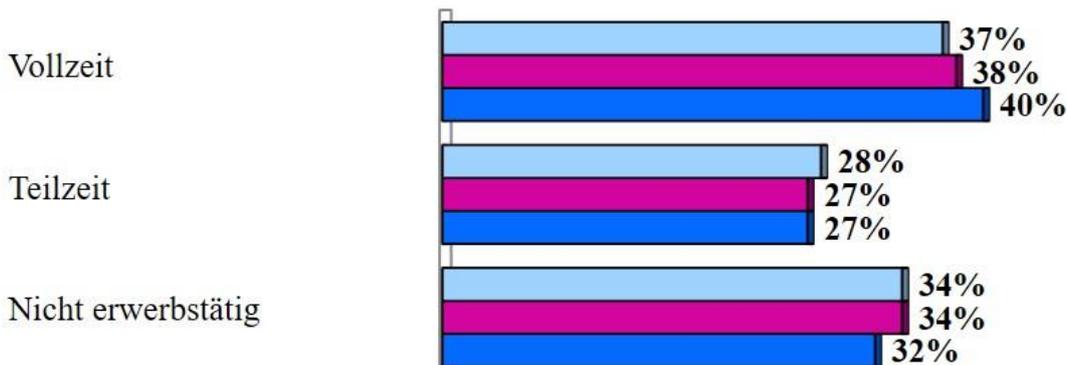
Der Aufbau des Analyseberichts hat die folgende Struktur:

- Das generelle Interesse der befragten Personen an wirtschaftlichen und politischen Themen.
- Die Meinung der Bevölkerung über die Bankenbranche allgemein, sowie über das persönliche Hauptfinanzinstitut. Ein separates Kapitel behandelt die Rolle der Banken im Wirtschaftsumfeld.
- Die volkswirtschaftliche Verantwortung der Banken.
- Die Stellung der Schweizer Banken und des Finanzplatzes im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz.
- Die Themen Geldwäscherei und Diktatorengelder.
- Fintech: Finanztechnologie und deren Auswirkungen auf die (Zukunft der) Schweizer Banken.

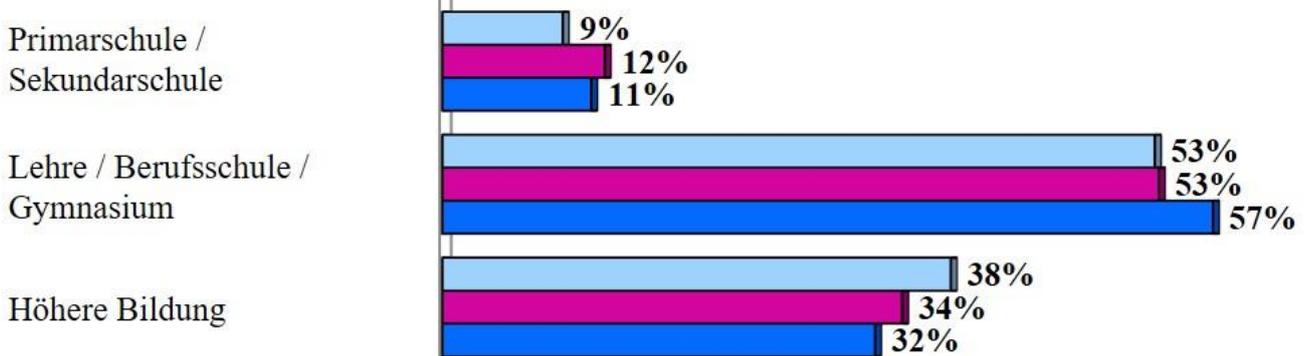
Grafik 1: Die soziodemographische Struktur der Stichprobe

(Basis : Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

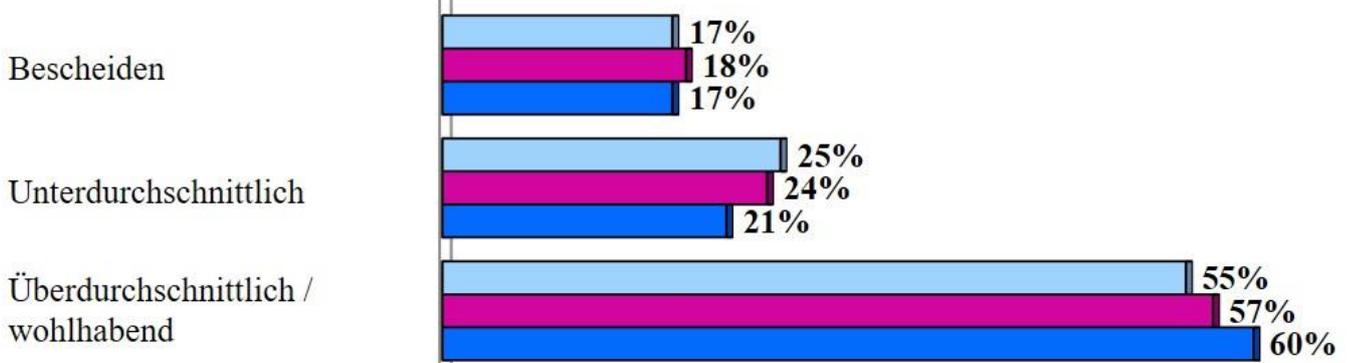
Berufliche Tätigkeit



Ausbildung



Haushaltssituation



■ 2017 (Basis : 1000) ■ 2015 (Basis : 1000) ■ 2013 (Basis : 1005)

1.2. Das Interesse an Wirtschaftsfragen und Politik

Schweizer Bürgerinnen und Bürger interessieren sich in ähnlichem Ausmass wie im Jahr 2015 für Wirtschaftsfragen (siehe Grafik 2): 24% geben ein grosses Interesse an (2015: 25%), 55% interessieren sich mittelmässig (2015: 50%) und rund ein Fünftel zeigt wenig bis kein Interesse für das Gebiet der Wirtschaft (2015: 25%). Es zeigen sich grosse Differenzen in Abhängigkeit des Bildungsniveaus der interviewten Person. Je besser eine Person ausgebildet ist, desto höher ist auch das Interesse für wirtschaftliche Angelegenheiten. Unter den Befragten mit den höchsten Bildungsabschlüssen sind 33% sehr interessiert, wohingegen dieser Anteil bei mittlerem Bildungsniveau 19% beträgt und bei den tieferen Abschlüssen auf 13% sinkt. Auch zeigen sich Unterschiede bezüglich den Geschlechtern: Männer sind stärker an Wirtschaftsfragen interessiert als Frauen, wobei dieser Unterschied wahrscheinlich auf die Bildung zurückgeführt werden kann, da Männer über die Gesamtbevölkerung gesehen tendenziell höhere Abschlüsse besitzen. Ebenso positiv korreliert ist das Interesse für Wirtschaft und Politik: mit zunehmender Intensität beim Verfolgen des politischen Tagesgeschehens steigt der Anteil derjenigen, die sich als eher oder sehr interessiert an wirtschaftlichen Fragen einschätzen. Von den politisch sehr Interessierten geben 55% an, dass sie sich auch sehr stark für die Wirtschaft interessieren, wobei dieser Anteil bei den politisch nicht Interessierten nur gerade 5% beträgt. Ähnlich wie im Jahr 2015 unterscheiden sich die Befragten bezüglich ihrem Interesse für ökonomische Themen auch in Abhängigkeit der politischen Positionierung: Personen im rechten politischen Spektrum interessieren sich zu rund 31% sehr stark für wirtschaftliche Anliegen, während dem dieser Anteil im linken Lager auf 21% absinkt. Die Affinität für wirtschaftliche Fragen variiert auch mit der Einschätzung der finanziellen Situation des Haushalts: Personen aus wohlhabenden Haushalten interessieren sich mit 28% stärker für Wirtschaftsfragen als Befragte aus finanziell bescheidenen Haushalten (18%).

Seit 2013 wird auch das Interesse an der Politik abgefragt: 32% der Stichprobe sind sehr stark an politischen Fragen interessiert, womit dieser Wert etwas höher ausfällt als die Neugierde für wirtschaftliche Angelegenheiten. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2015 ist dieser Wert relativ stabil geblieben (plus 2 Prozentpunkte). Auch die Anteile der Interviewten mit mittlerem (46%) und wenig oder keinem Interesse für Politik (22%) haben sich im Vergleich zu vor zwei Jahren nur wenig verändert (45% resp. 25%). Die leichte Zunahme könnte dadurch begünstigt worden sein, dass in diesem Jahr während den Interviews die nächste Volksabstimmung näher terminiert war (12. Februar 2017) als anlässlich der letzten beiden Befragungen (März-Termine).

Analog zum Interesse für Wirtschaftsfragen zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen den Geschlechtern: der Anteil der Männer, die sich stark für Politik interessieren (38%) liegt über demjenigen der Frauen (26%). Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich des Bildungsniveaus, wo ein positiver Zusammenhang besteht. Zudem haben die ältesten Befragten (60 und älter) häufiger als die anderen Altersgruppen angegeben, der Politik sehr viel Aufmerksamkeit zu schenken. Insgesamt zeigt sich bezüglich dem Interesse an der Politik ein „Röstigraben“: in der Deutschschweiz äussern rund 35% sehr starkes Interesse für das politische Tagesgeschäft, womit dieser Anteil über demjenigen für die Romandie (27%) und der italienischen Schweiz (18%) liegt. Hingegen fallen die Unterschiede bezüglich Interesse an wirtschaftlichen

Angelegenheiten etwas kleiner aus: 26% in der Deutschschweiz geben an, sich sehr stark für wirtschaftliche Fragen zu interessieren, wohingegen dieser Anteil in der Romandie 18% und im Tessin 17% beträgt. Alles in allem zeigt sich dementsprechend ein ähnliches Bild bezüglich der Interessenlagen bei Wirtschafts- und Politikthemen.

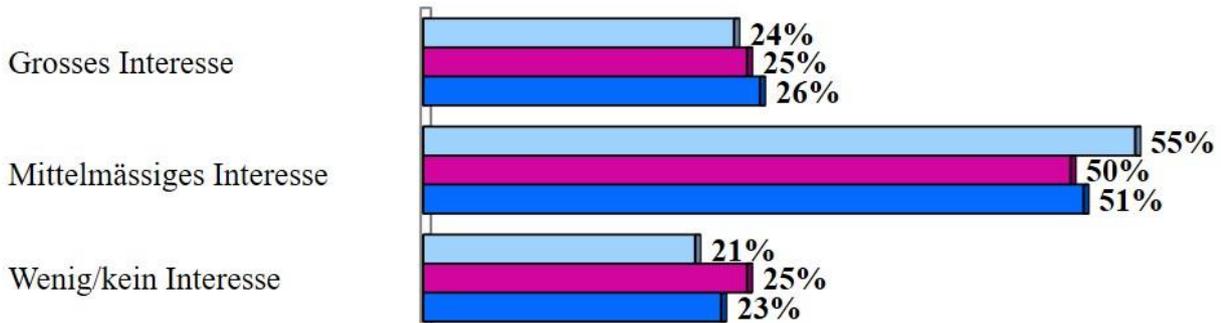
Bezüglich Positionierung auf der Links-Rechts-Skala weist die Stichprobe ähnliche Werte wie im Jahr 2015 auf. Der leichte Zuwachs für die Rechte (neu: 34%) bewegt sich noch knapp innerhalb des Vertrauensintervalls für die Gesamtstichprobe. Der Anstieg in der Mitte und auf der linken Seite im Vergleich zu 2015 geht mit einem tieferen Anteil an Befragten einher, die sich auf der Links-Rechts-Skala nicht einordnen können oder wollen. Insgesamt findet sich also eine etwas stärker „politisierte“ Bevölkerung vor. Befragte ohne politische Richtung finden sich häufiger im Tessin (27%) und der Romandie (24%), wo diese Zahl deutlich über den in der Deutschschweiz gemessenen 14% liegt. Dort gibt es auch wesentlich mehr Interviewte, die sich in die Kategorie «Mitte rechts» einordnen, während sich in der Romandie ein höherer Anteil als links stehend einschätzt. Insgesamt zeigt sich in der Deutschschweiz eine stärkere Ballung in den Kategorien «Mitte rechts» bis «Mitte links», welche in der Romandie und dem Tessin weniger deutlich ausfällt. Linke oder extrem linke Positionen kommen in der Romandie (28%) und dem Tessin (21%) häufiger als in der Deutschschweiz (14%) vor. Ein ähnliches Bild – wenn auch klar weniger stark ausgeprägt – ergibt sich auch für die Kategorien «Rechts» oder «Extrem rechts» wenn man die Romandie mit der Deutschschweiz vergleicht: Während dem sich 17% in der Westschweiz in diesem Bereich einordnen, beträgt der Anteil in der Deutschschweiz 14%.

Insgesamt ist das Interesse für Wirtschaftsfragen auf der rechten Seite etwas höher: 31% geben an, dass sie sich sehr stark für wirtschaftliche Fragen interessieren, im Vergleich zu 21% im linken Spektrum. Von den sich auf der linken Seite einordnenden Befragten macht allerdings der Prozentsatz an Personen, der sich eher für wirtschaftliche Fragen interessiert, den Löwenanteil aus (60%). Im Vergleich mit den anderen Kategorien verzeichnen diejenigen ohne politische Richtung eine höhere Proportion derer, die sich eher oder überhaupt nicht für die Wirtschaft interessieren. Auch in dieser Gruppe bilden aber Personen, die sich eher für diese Thematik begeistern können, wiederum die am häufigsten vorkommende Kategorie.

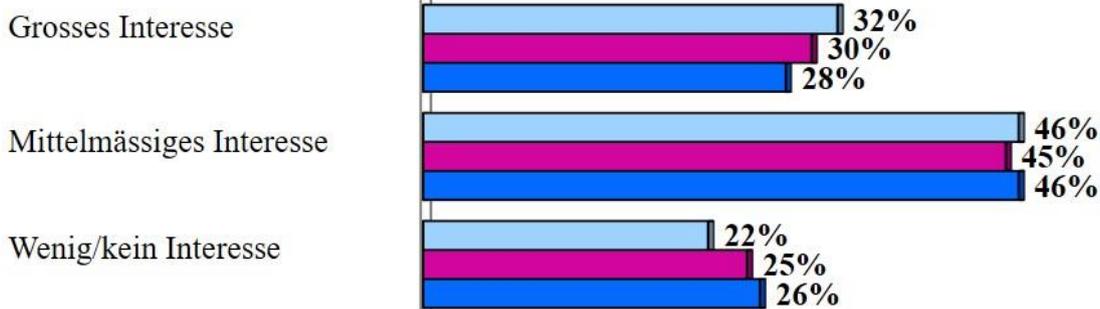
Grafik 2: Das Interesse an Politik und Wirtschaft

(Basis : Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

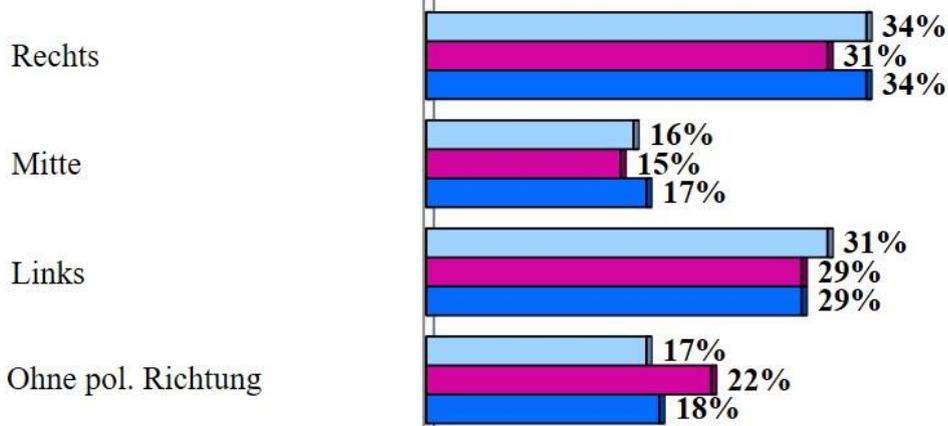
Interesse an Wirtschaftsfragen



Interesse an Politik



Politische Richtung



■ 2017 (Basis : 1000) ■ 2015 (Basis : 1000) ■ 2013 (Basis : 1005)

2. MEINUNG ÜBER DIE BANKEN

2.1. Die eigene Bank

Bezüglich der Frage, mit welchem Finanzinstitut die Befragten hauptsächlich verkehren, gab es im Vergleich zu vor zwei Jahren keine nennenswerten Verschiebungen (siehe Grafik 3). Die Kantonalbanken haben leicht zugelegt auf 26% (2015: 24%) und behaupten damit ihre gemeinsame Leaderstellung, gefolgt von der Postfinance, die unverändert für rund 22% die Hauptbank ist. An dritter Stelle folgen gleichauf der Verbund der Raiffeisenbanken sowie die Grossbanken (UBS und Credit Suisse zusammen), die auf je 20% kommen. Der Anteil derjenigen, die ihre Zahlungen hauptsächlich über ein Konto bei einer Regionalbank abwickeln, liegt bei 6%. Rund 2% haben die Migros Bank oder Bank Coop als ihr Hauptfinanzinstitut genannt.

Es zeigen sich interessante Unterschiede bezüglich der geographischen Verteilung der Kundschaft: Personen, die hauptsächlich mit der Postfinance verkehren, leben überdurchschnittlich häufig in den grösseren Städten (25%). Dies trifft ebenfalls auf die Kunden der zwei Grossbanken Credit Suisse (9%) und UBS (16%) zu. In Kleinstädten und ländlichen Regionen sind hingegen die Raiffeisenbanken (28%) sowie die Regionalbanken (10%) stärker vertreten. Wie bereits vor zwei Jahren ist der Anteil an Postfinance-Kunden unter den Befragten mit bankkritischen Einstellungen überdurchschnittlich hoch (30%). Schlussendlich hält aber auch ein negatives Bild des Bankensektors die meisten Personen nicht davon ab, ihr Geld bei einer Bank im „herkömmlichen Sinn“ zu deponieren.

Die Einstellungen gegenüber der eigenen Hauptbank sind gegenüber 2015 praktisch gleich geblieben (siehe Grafik 4). Ein knappes Drittel hat eine sehr positive Einschätzung und 54% fällen ein zufriedenes Urteil. Insgesamt summieren sich die positiven Ansichten auf 85%, was zusammen mit dem sehr niedrigen Anteil an negativen Antworten (2%) zum guten Gesamtbild beiträgt. Es fällt auf, dass sich insbesondere die Einstellungen gegenüber den Regionalbanken verbessert haben (53% sehr positiv, 2015: 42%), sodass diese neu die Rangliste zur Kundenzufriedenheit anführen. Allerdings beruhen die Resultate dieser Teilkategorie nur auf einer beschränkten Datenbasis und sind deshalb grösseren Schwankungen ausgesetzt. Die Entwicklung bezüglich der Ansichten gegenüber den Grossbanken ist weiterhin positiv und hat sich von 12% im 2013 auf 21% sehr positive Urteile im Jahr 2017 verbessert. Leichte Einbussen hatten sowohl Postfinance als auch die Kantonalbanken zu verzeichnen.

Die Beurteilung des persönlichen Hauptfinanzinstituts fällt in der Deutschschweiz leicht besser aus (33% sehr positiv) als in der Romandie (26%) und im Tessin (29%). Insgesamt addieren sich die positiven Einstellungen (sehr positiv und positiv zusammengenommen) in allen Landesteilen auf über 80%, was eine hohe Zufriedenheit der Schweizer Bevölkerung mit der eigenen Bank darstellt.

Personen, die gegenüber der Bankenbranche allgemein positiv eingestellt sind, haben gleichzeitig besonders häufig ein gutes Verhältnis zur eigenen Bank (93% positive Wertungen, 2015: 92%). Dieser Anteil nimmt bei kritischer Einstellung gegenüber der Gesamtbranche etwas ab, bewegt sich mit rund 73% wohlwollenden Urteilen aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Nebst der allgemeinen Einstellung wurden die interviewten Personen zu diversen Aussagen in Bezug auf ihre Hauptbank befragt. Im Vergleich zur letzten Erhebung ergibt sich ein insgesamt leicht besseres Bild (Grafik 5).

Der Glaube an die Solidität und Zuverlässigkeit des Hauptfinanzinstitutes setzt den im Jahr 2015 begonnen aufsteigenden Trend fort, sodass neu für 70% keine Zweifel in dieser Hinsicht bestehen. Dieser Anteil nähert sich somit immer stärker dem vor dem Ausbruch der Finanzkrise erzielten Wert an (bis zu diesem Zeitpunkt wurde in den Befragungen immer über 70% vollständige Zustimmung zu diesem Punkt gemessen). Der Anteil an gemischten und negativen Ansichten bewegt sich weiterhin auf sehr tiefem Niveau (5%).

Auch bezüglich der Vertrauenswürdigkeit hat sich eine Verbesserung ergeben: 67% sind der Ansicht, dass sie ihrer Hauptbank Vertrauen schenken können (2015: 62%). Diese Erhöhung geht mit einem tieferen Anteil an Personen einher, die das Finanzinstitut ihrer Wahl als vorwiegend oder mittelmässig vertrauenswürdig betrachten. Auch bei der Einschätzung der Kompetenz des Bankpersonals zeigt sich eine leichte Erhöhung der sehr positiven Antworten (69%, 2015: 66%). Der Anteil derjenigen, welche denken, dass die drei erstgenannten Eigenschaften nicht oder nur ein bisschen auf ihre Bank zutreffen, bleibt konstant auf sehr tiefem Niveau und übersteigt nirgends die 2-Prozentmarke.

Bezüglich Innovationskraft und Dynamik, Transparenz bei der Information und dem Interesse an allen Kunden zeigen sich wie in den früheren Erhebungen weniger gute Resultate als bezüglich der oben genannten Eigenschaften. Die vollständige Zustimmung zu diesen drei Eigenschaften hat aber – wenn zum Teil auch nur leicht – gegenüber 2015 zugenommen. Etwas mehr als ein Drittel stellt ihrer Bank bezüglich der Innovationskraft und Dynamik ein sehr gutes Zeugnis aus (+5% gegenüber 2015). Die entsprechenden Anteile für die Transparenz der Information (45%, +9%) und dem Interesse an allen Kunden (39%, +1%) liegen über diesem Wert.

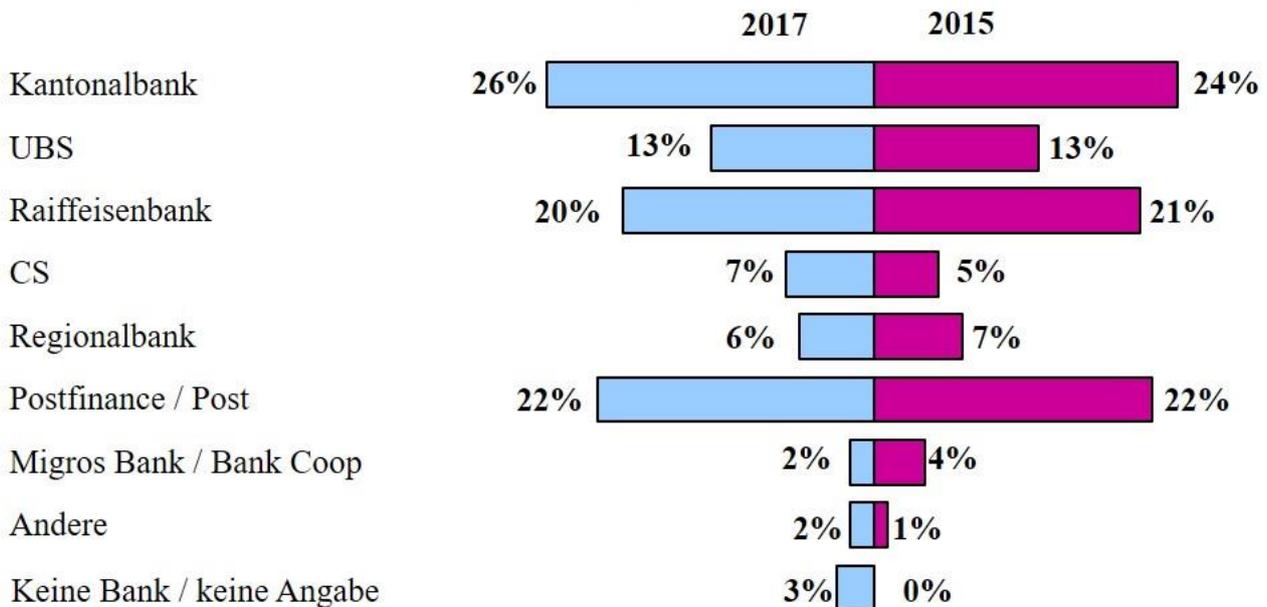
Die Daten erlauben auch ein differenziertes Bild der Einstellungen der Bankkunden, indem Untergruppen der Stichprobe gebildet und verglichen werden können. Dabei stechen insbesondere folgende Resultate hervor:

- Ältere Bankkunden (über 60 Jahre) geben bezüglich gewisser Eigenschaften der Hauptbank ein besseres Urteil ab. So ist zum Beispiel deren Anteil an vollständiger Zustimmung zu den Aussagen bezüglich der Kompetenz des Bankpersonals und der Vertrauenswürdigkeit ihres Hauptfinanzinstituts höher als bei den anderen Altersgruppen.
- Ein gutes Bild der Bankenbranche geht oft mit einer sehr hohen Zustimmungsrates zu den genannten Eigenschaften einher. Dies trifft zum Beispiel auf die Kriterien Vertrauenswürdigkeit, sowie Solidität und Zuverlässigkeit zu.
- Bezüglich der Eigenschaft Innovationskraft und Dynamik zeigen sich Unterschiede in Abhängigkeit der finanziellen Situation des Haushalts. Personen aus bescheidenen Haushalten schreiben diese Eigenschaft ihrem Hauptfinanzinstitut insgesamt öfter zu als wohlhabende Kunden.
- Kunden der Regional- und Raiffeisenbanken zeigen sich überdurchschnittlich zufrieden mit der Vertrauenswürdigkeit, der Kompetenz des Personals und der Informationspolitik ihres Hauptgeldinstituts. In Bezug auf das erstgenannte Kriterium schneiden die Grossbanken (54% trifft vollständig zu) und die Postfinance (60%) etwas weniger gut ab als die anderen Banken.

Grafik 3: Hauptbank

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

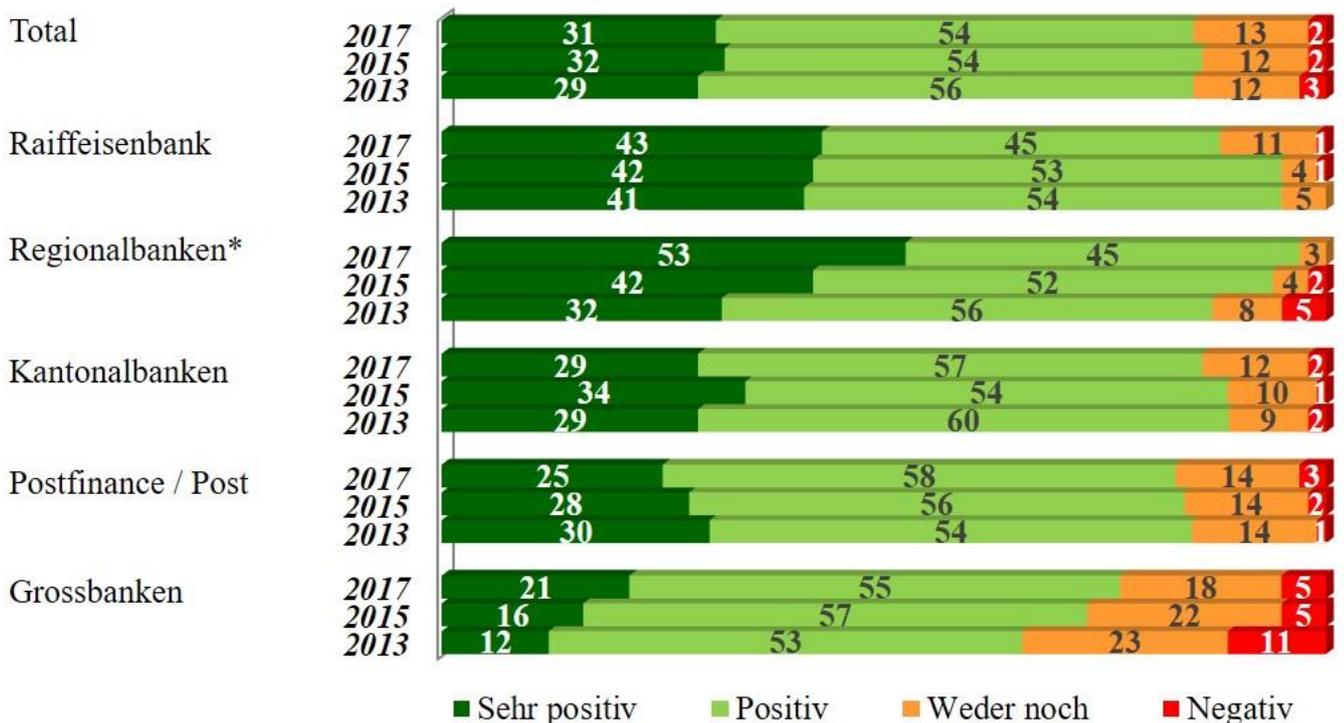
«Welches ist das Finanzinstitut, mit dem Sie am meisten verkehren?»



Grafik 4: Einstellung zur eigenen Hauptbank

(Basis : Schweizer Bürger, die eine Hauptbank haben)

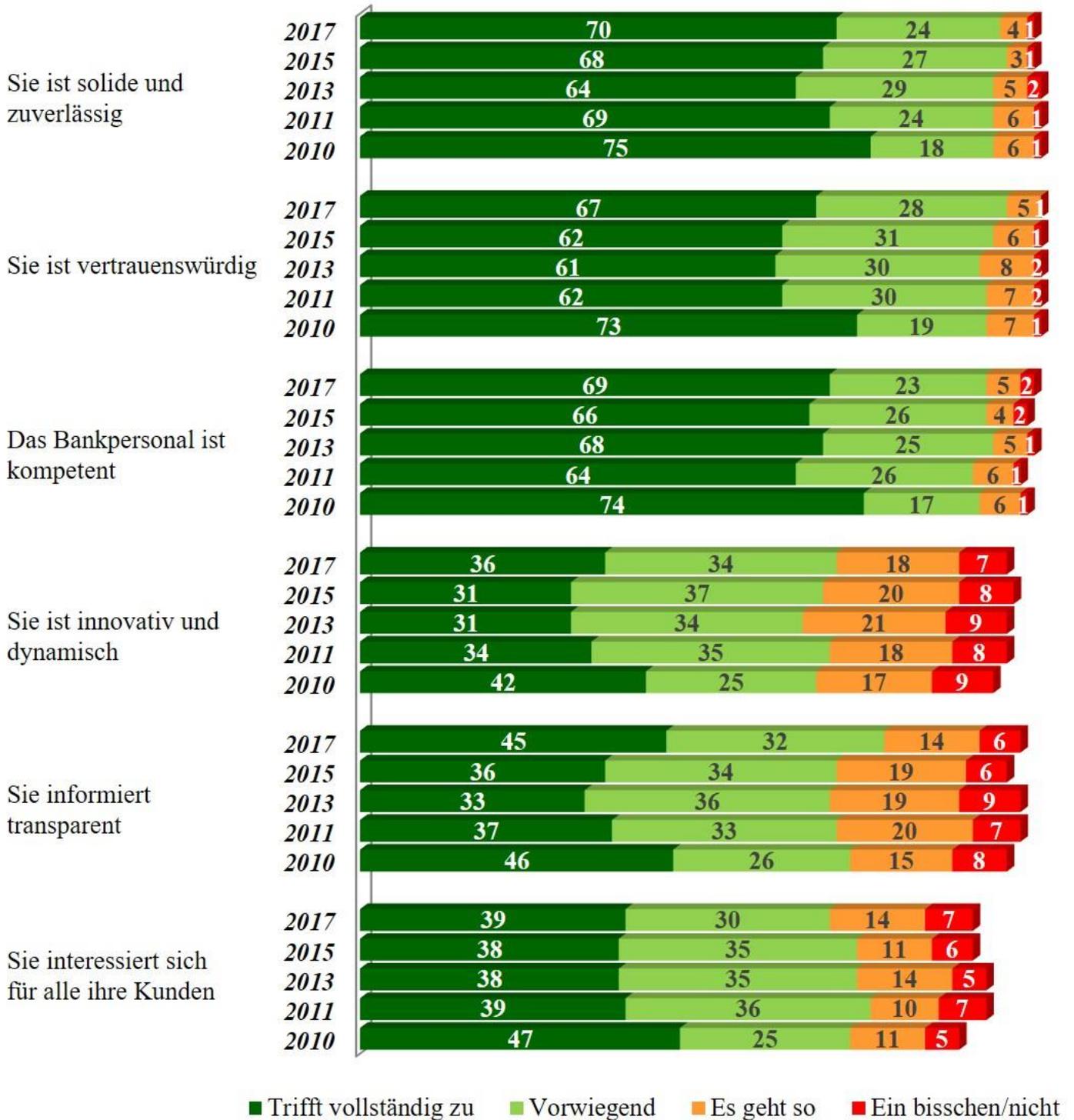
«Wie würden Sie Ihre Einstellung zur Bank, mit welcher Sie am meisten verkehren, ganz allgemein bezeichnen?»



Grafik 5: Image der Hauptbank und deren Dienstleistungen

(Basis : Schweizer Bürger, die eine Hauptbank haben)

«Ich lese Ihnen einige Aussagen vor. Welche treffen auf die Bank zu, mit der Sie heute am meisten verkehren?»



2.2. Die Bank als Institution

Das Ansehen der Bankenbranche bei der Schweizer Bevölkerung ist gegenüber 2015 praktisch gleich geblieben (siehe Grafik 6). Es zeigt sich ein leichter Rückgang der sehr positiven und positiven Urteile von 51% im Jahr 2015 auf neu 49%. Dieser ist allerdings sehr klein und liegt noch innerhalb des Vertrauensintervalls für die Gesamtstichprobe. Der Anteil an wohlwollenden Bewertungen liegt damit jedoch immer noch über dem Niveau, welches 2009 nach Ausbruch der Finanzkrise während mehreren Jahren erreicht wurde (circa 45%).

Subgruppenanalysen fördern wiederum interessante Unterschiede zutage:

- Die Ansichten gegenüber den Banken werden mit zunehmendem Bildungsgrad etwas kritischer: negative Einstellungen finden sich häufiger bei Personen mit hoher Bildung (27%), als bei Personen mit mittlerem (17%) oder eher tiefem Bildungsniveau (16%). In sämtlichen Subgruppen verzeichnen die positiven Einschätzungen aber die höchsten Werte.
- Wie auch in vorherigen Erhebungen ist die Haltung zu den Banken stark politisch geprägt. Auf der rechten Seite haben rund 56% (2015: 63%) ein gutes Bild der Banken. Dieser Prozentsatz sinkt, je weiter man sich auf der politischen Skala nach links bewegt, beträgt in der Mitte 50% (2015: 61%) und erreicht auf der linken Seite noch 39% (2015: 36%). Bei Befragten ohne politische Verankerung beträgt der entsprechende Wert 55% und befindet sich damit im oberen Spektrum.
- Wohlhabende Bürgerinnen und Bürger haben insgesamt positivere Einstellungen gegenüber den Schweizer Banken. Mehr als die Hälfte (52%) äussern ein gutes Urteil, wohingegen sich diese Anteile für die anderen beiden Einkommenskategorien im Bereich von 44% (unterdurchschnittliche Haushaltssituation) und 46% (bescheidener Haushalt) bewegen.
- Das Ansehen der Schweizer Banken ist bei den Personen, welche ihre Finanzgeschäfte in erster Linie mit einer Grossbank oder einer Regionalbank abwickeln, besser als unter den anderen Befragten. Beide kommen auf je über 60% positive Äusserungen. Zum Vergleich: im Durchschnitt aller Befragten beträgt dieser Wert 49%. Bei den Kunden, die hauptsächlich mit der Postfinance verkehren, liegt er mit 41% etwas tiefer, überwiegt aber immer noch deutlich die negativen Ansichten (29%).
- In Bezug auf die Sprachregionen existieren kaum Unterschiede in der allgemeinen Einstellung zu den Schweizer Banken.

Wie bereits in früheren Jahren zeigen sich Differenzen zwischen der Einstellung zur eigenen Hauptbank und der Beurteilung der Bankenbranche im Allgemeinen. Während erstere zu 85% positiv ausfällt (2015: 86%), liegt dieser Wert für letztere mit 49% deutlich tiefer (2015: 51%).

In der Befragung erhalten die interviewten Personen nicht nur die Möglichkeit, ihre eigene Sichtweise auf die Bankenbranche zu äussern, sondern auch eine Einschätzung über die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu den Banken kundzutun. Insgesamt glauben 47% (2015: 42%) der Schweizerinnen und Schweizer, dass ihre Landsleute eine wohlwollende Einschätzung der Bankenbranche haben, 26% eine neutrale Einstellung und 24% eine ablehnende Haltung. Die wahrgenommenen Meinungen liegen damit insgesamt so nahe bei den tatsächlichen Einstellungen wie seit 2001/2002 nicht mehr. Ab dem Jahr 2003 vergrösserte sich die Differenz zwischen den beiden Messgrössen rasch auf 4-7% und schnellte 2009/2010 angesichts der Finanzkrise gar auf rund 15% hoch. Im Nachgang sank der spread zwar wieder etwas, pendelte sich aber bei weiterhin etwas unter 10% ein. 2017 zeigt damit eine lange nicht mehr beobachtete Konvergenz. Die beiden Merkmale sind ausserdem positiv miteinander korreliert, d.h. je besser die persönliche Sicht auf die Banken, desto höher fällt tendenziell auch die für die Bevölkerung vermutete Meinung aus.

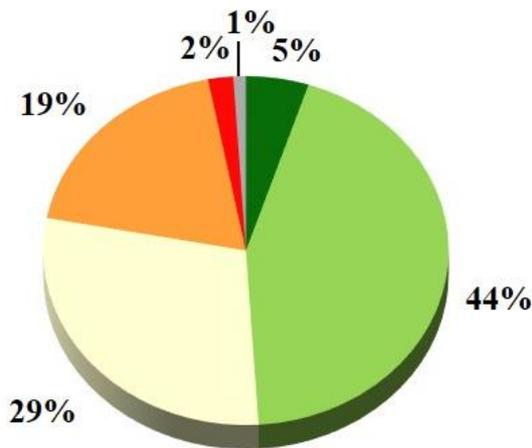
Es lassen sich interessante Unterschiede in der Einschätzung der Gesamteinstellung der Bevölkerung zu den Banken erkennen. So sind etwa Personen, die sich stark für Wirtschaftsfragen interessieren, im Vergleich pessimistischer wenn es um die wahrgenommene Meinung geht. Gleiches gilt auch für politisch sehr interessierte Befragte, womit der Schluss naheliegt, dass intensiverer Nachrichtenkonsum zu diesen Themen dazu beiträgt, dass die Stimmungslage gegenüber den Banken etwas kritischer eingeschätzt wird als diese tatsächlich ist. Auch bezüglich der Rechts-Links-Selbstpositionierung zeigt sich ein etwas differenziertes Bild. Personen, die sich links verorten oder keine politische Richtung angaben, gehen überdurchschnittlich oft von einem positiven Bild der Banken in der Gesamtbevölkerung aus, währenddem auf der rechten Seite häufiger negative Ansichten vermutet werden. Es zeigt sich also, dass Personen, die wegen ihrer politischen Ausrichtung tendenziell eher bankenfreundliche Einstellungen haben, den Rückhalt der Schweizer Banken in der Bevölkerung etwas tiefer einschätzen.

Grafik 6: Meinungen über die Bankenbranche

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

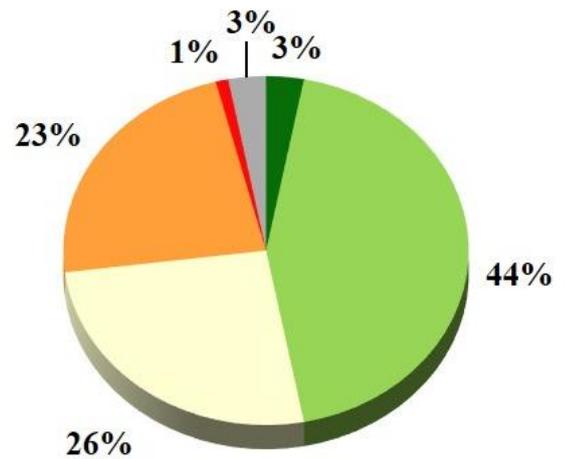
Persönliche Meinung

«Wie würden Sie Ihre Einstellung zu den Schweizer Banken ganz allgemein bezeichnen?»



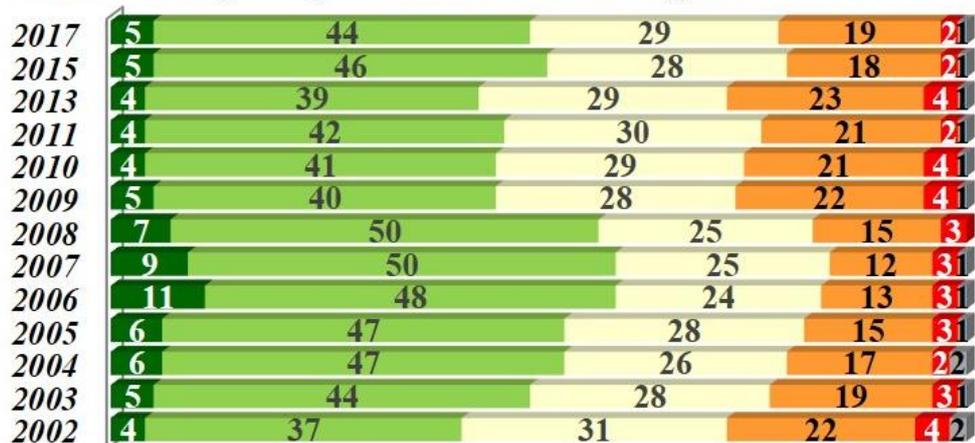
Wahrgenommene allgemeine Meinung

«Wie glauben Sie, denken die meisten Schweizer über die Banken?»

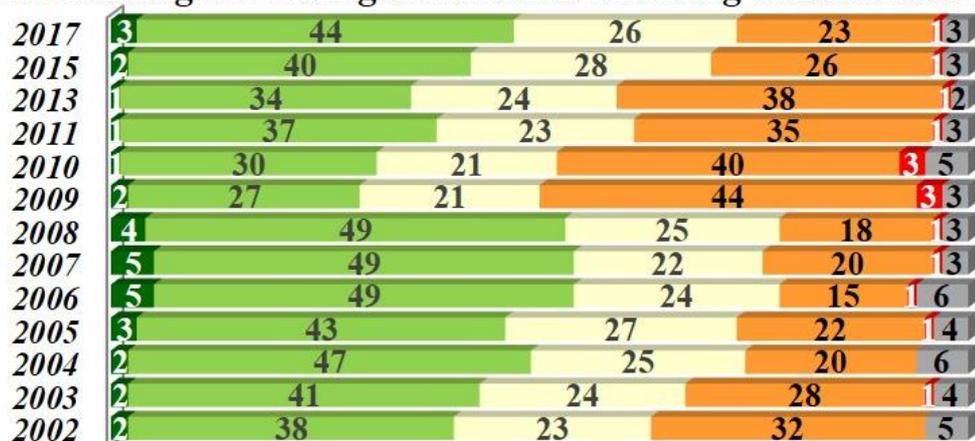


■ Sehr positiv ■ Positiv ■ Weder noch ■ Negativ ■ Sehr negativ ■ Weiss nicht

Entwicklung der persönlichen Meinung von 2002 bis 2017



Entwicklung der wahrgenommenen Meinung von 2002 bis 2017



2.3. Die Banken und die Wirtschaft

Die Schweizer Bevölkerung schätzt den Beitrag der Banken an der Gesamtwirtschaft als sehr bedeutend ein (siehe Grafik 7). Für 52% (2015: 51%) der Schweizerinnen und Schweizer gehört der Bankensektor zu den absoluten Schwergewichten der hiesigen Wirtschaft. Die chemische und Pharmaindustrie erzielen den gleichen Wert (2015: 53%), womit diese beiden Wirtschaftszweige gemeinsam die Spitzenposition einnehmen. Für 31% fällt die Bedeutung des Bankensektors immer noch «ziemlich wichtig» aus, womit über 80% der Bevölkerung die Banken als einen bedeutenden Pfeiler der Schweizer Wirtschaft betrachten. Nur 4% sind der Meinung, dass Finanzinstitute unwichtig sind. Hinter den beiden erstplatzierten Sektoren erzielen die Maschinen- und Elektronikindustrie, sowie die Lebensmittelindustrie das drittbeste Resultat (40% sehr wichtig). Danach folgen die Landwirtschaft (39%), der Tourismus (37%), der Detailhandel (34%) und die Informatik- und Telekommunikationsbranche (31%). Die Uhrenindustrie, deren Bedeutung zum ersten Mal erhoben wurde, teilt sich den letzten Platz mit den Versicherungen, welche auch in früheren Erhebungen bereits eher tiefe Werte erzielt hatten. Insgesamt zeigt sich damit eine interessante Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Gewicht gewisser Wirtschaftszweige – gemessen zum Beispiel als Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) – und der Wahrnehmung von deren Bedeutung. Die Landwirtschaft trägt zwar wenig zum BIP bei, wird aber von der Bevölkerung doch als relativ wichtig wahrgenommen.

Es zeigen sich interessante Unterschiede zwischen den Landesteilen. Währenddem in der Romandie und dem Tessin rund 60% (2015: Romandie 58%, italienische Schweiz 70%) der Ansicht sind, dass die Banken einen sehr wichtigen Wirtschaftszweig darstellen, liegt dieser Anteil mit 49% in der Deutschschweiz (2015: 48%) etwas tiefer. Die Finanzinstitute werden in den grossen Städten und Agglomerationen (57%) häufiger als sehr wichtig betrachtet als in den ländlichen Gebieten (40%). Dies widerspiegelt die Sichtbarkeit der Banken in den Städten und deren Bedeutung als Arbeitgeber, vor allem auch für sehr gut ausgebildete Personen, welche diese Rolle grundsätzlich höher einschätzen als die anderen Befragten. Dies ist insofern interessant, als dass kritische Einstellungen ansonsten gegenüber den Finanzinstituten mit zunehmender Bildung häufiger werden.

Personen die sich sehr für Politik und Wirtschaftsfragen interessieren, messen den Finanzinstituten mit rund je 60% Nennungen «sehr wichtig» mehr Bedeutung zu als die anderen Befragten. Dieser Umstand überrascht nicht, weil die Banken in den letzten Jahren regelmässig Gegenstand medialer Berichterstattung waren, in der teilweise auch auf die Wichtigkeit der Finanzbranche hingewiesen wurde. Gleichzeitig sinkt dieser Wert auch unter denjenigen, die sich überhaupt nicht für Politik oder Wirtschaft interessieren, nicht unter 40%.

Auch bezüglich der politischen Ausrichtung lassen sich einige Unterschiede finden. Links und rechts schreiben dem Bankensektor die gleiche grosse Bedeutung zu (56% sehr wichtig), währenddem dieser Wert in der Mitte 50% beträgt und bei Personen, die sich nicht in das Links-Rechts-Schema eingeordnet haben, 42% resultieren. Mit 40% ist dafür bei den Personen ohne politische Richtung der Anteil am höchsten, der Finanzhäuser als ziemlich wichtig einschätzt. In allen diesen Subgruppen summieren sich die Personen, welche den Banken eine sehr oder ziemlich wichtige Rolle in der Schweizer Wirtschaft zuschreiben, auf 80% oder mehr.

Den Befragten wurde wiederum eine Reihe von Aussagen über die Banken im Allgemeinen zur Bewertung vorgelegt (siehe Grafik 8). Dabei sticht insbesondere das Gewicht der Branche für den Arbeitsmarkt ins Auge: für 47% der Befragten steht ausser Zweifel, dass die Arbeitsplätze im Bankensektor wichtig sind (2015: 44%). Eine klare Verbesserung hat sich bezüglich der vermuteten Wahrnehmung des Finanzplatzes auf internationaler Ebene ergeben: für 41% trifft es vollständig zu, dass der Schweizer Finanzplatz auf internationaler Ebene einen guten und professionellen Ruf geniesst (2015: 31%). Ebenfalls wird das durch die Branche generierte Steueraufkommen von einer grossen Anzahl Befragter als bedeutend eingeschätzt. Deren Anteil befindet sich nun praktisch wieder auf dem Niveau von vor vier Jahren (41%, 2015: 38%).

Die Anstrengungen der Finanzinstitute im Bereich der Förderung von kulturellen, sportlichen und sozialen Projekten werden von 26% der Bevölkerung honoriert, die vollständig damit übereinstimmen, dass die Banken einen wertvollen Beitrag dazu leisten. Gegenüber 2015 zeigt sich dieser Anteil unverändert. Weitere 33% sind vorwiegend mit dieser Aussage einverstanden.

Befürchtungen, dass die Banken dem Ruf der Schweiz im Ausland schaden, haben im Vergleich zu 2015 weiter abgenommen. Neu sind 26% vollständig damit einverstanden, dass die Finanzinstitute das Ansehen der Schweiz ausserhalb der Landesgrenzen nicht negativ beeinflussen (2015: 17%). Damit setzt sich der vor einiger Zeit eingesetzte positive Trend fort und der Schluss liegt nahe, dass die Kooperation der Banken bei der Bewältigung von Altlasten wohlwollend betrachtet sowie davon ausgegangen wird, dass dies im Ausland entsprechend honoriert wird. In der Westschweiz sorgen sich mehr Personen darüber, wie Finanzinstitute das Bild der Schweiz prägen, als in den anderen Landesteilen. Ausserdem korreliert diese Meinung stark mit den Einstellungen zu den Banken im Allgemeinen: je positiver jemand über die Finanzbranche denkt, desto kleiner ist der Anteil derjenigen, die befürchten, dass diese dem Ansehen der Schweiz im Ausland abträglich ist. Wie zu erwarten war unterscheiden sich die Einschätzungen zum Einfluss der Banken auf die Reputation der Schweiz ausserhalb der Landesgrenzen in Abhängigkeit der politischen Ausrichtung. Währenddem im linken Spektrum unterdurchschnittlich viele (17%) der Meinung sind, dass die Banken dem Ruf der Schweiz im Ausland nicht schaden, bewegt sich dieser Anteil rechts (32%) und bei den Personen ohne politische Verortung (31%) über dem Durchschnitt. Abschliessend lässt sich feststellen, dass die jüngste Alterskategorie in der Stichprobe (18-29 Jahre) weniger stark eine Rufschädigung der Schweiz durch ihre Banken befürchtet als die ältesten Befragten (60 und älter).

Die Steuern, welche Finanzinstitute an die öffentliche Hand entrichten, werden mit zunehmendem Bildungsgrad als wichtiger eingeschätzt. Unter den Befragten mit dem höchsten Ausbildungsniveau stimmen 45% mit der Aussage überein, dass diese von grosser Bedeutung für den Staat sind. Personen mit einem Primar- oder Sekundarschulabschluss sind noch zu 24% vollständig mit diesem Statement einverstanden. Ähnliche Muster ergeben sich bezüglich des Interesses für politische und wirtschaftliche Fragen. Je grösser die Nähe zu diesen beiden Bereichen ist, desto höher auch der Anteil an Befragten, welche vollständig der Meinung sind, dass diese Steuermittel wichtig für die öffentliche Hand sind. Ausserdem teilen überdurchschnittlich viele Kunden der Grossbanken (49%) diese Ansicht, währenddem dieser Prozentsatz bei den Personen, welche ihre Geldgeschäfte hauptsächlich mit Postfinance abwickeln, noch 36% beträgt. Selbstredend wird den dem Steueramt entrichteten Mitteln auch unter denjenigen, welche positivere Einstellungen gegenüber den Banken haben, eine höhere Bedeutung beigemessen (46% vollständige Zustimmung unter den gegenüber den Banken grundsätzlich positiv eingestellten Personen, zum Vergleich: 35% bei Personen mit negativen Ansichten zu den Finanzinstituten).

Die Einstellungen bezüglich dem Verständnis für grosse Bankgewinne sind in den letzten zwei Jahren relativ stabil geblieben Gut 41% sind Anfang 2017 der Meinung, dass grosse Gewinne nötig sind für die Konkurrenzfähigkeit der Banken (2015: 42%) und 23% vertreten die gegenteilige Ansicht. Dabei zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Landesteilen: im Tessin stimmen 47% vollständig oder vorwiegend mit der Aussage überein, in der Deutschschweiz rund 45%, in der Romandie jedoch nur 30%. In dieser Region denken rund 35%, dass hohe Gewinne nicht nötig seien (2015: 40%), in der Deutschschweiz und im Tessin beträgt dieser Anteil 20% respektive 13%. Auch sind Personen mit bankenfreundlichen Einstellungen weitaus am stärksten mit der Aussage einverstanden, dass grosse Bankgewinne notwendig sind (52% einverstanden). In den anderen beiden Kategorien schwankt dieser Wert zwischen 29% und 34%.

Im Vergleich zu den überwiegend positiven Einstellungen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger zur Wichtigkeit der Banken als Arbeitgeber und dem zunehmend besseren Ruf des Finanzplatzes im Ausland, zeigen sich weniger gute Bewertungen zu den Aussagen bezüglich dem Verhalten der Banken gegenüber dem heimischen Markt und dem Schweizer Einzelkunden, der Finanzierung junger, innovativer Unternehmen und den Anstrengungen der Finanzinstitute für den Umweltschutz und die Nachhaltigkeit.

Der Einsatz der Banken zu Gunsten des Schutzes der Umwelt und der ökologischen Nachhaltigkeit wird von den befragten Personen unverändert mit wenig Anerkennung bedacht. Rund 15% sind vorwiegend oder vollständig damit einverstanden, dass die Banken hier einen Effort leisten.

Die Aussage zum Interesse der Geldhäuser am Schweizer Einzelkunden (34% stimmen vollständig oder vorwiegend damit überein) wird von Personen aus bescheidenen Haushalten insgesamt etwas positiver bewertet. Etwa 43% sind vollständig oder teilweise damit einverstanden, dass sich die Banken für heimische Einzelkunden interessieren, wohingegen dieser Anteil in finanziell überdurchschnittlich ausgestatteten oder wohlhabenden Haushalten bei 31% liegt.

In der Romandie sind die Befragten wie in der Erhebung vor zwei Jahren überdurchschnittlich stark der Meinung, dass die Banken nicht genügend junge innovative Unternehmen finanzieren. Rund 53% (2015: 61%) sind gar nicht oder nur ein bisschen damit einverstanden, dass die Finanzinstitute genügend Geld für solche Firmen zur Verfügung stellen. Ähnlich zahlreich sind die kritischen Stimmen im Tessin (50%), in der Deutschschweiz äussern dafür nur rund 41% diesbezüglich zumindest teilweise Kritik.

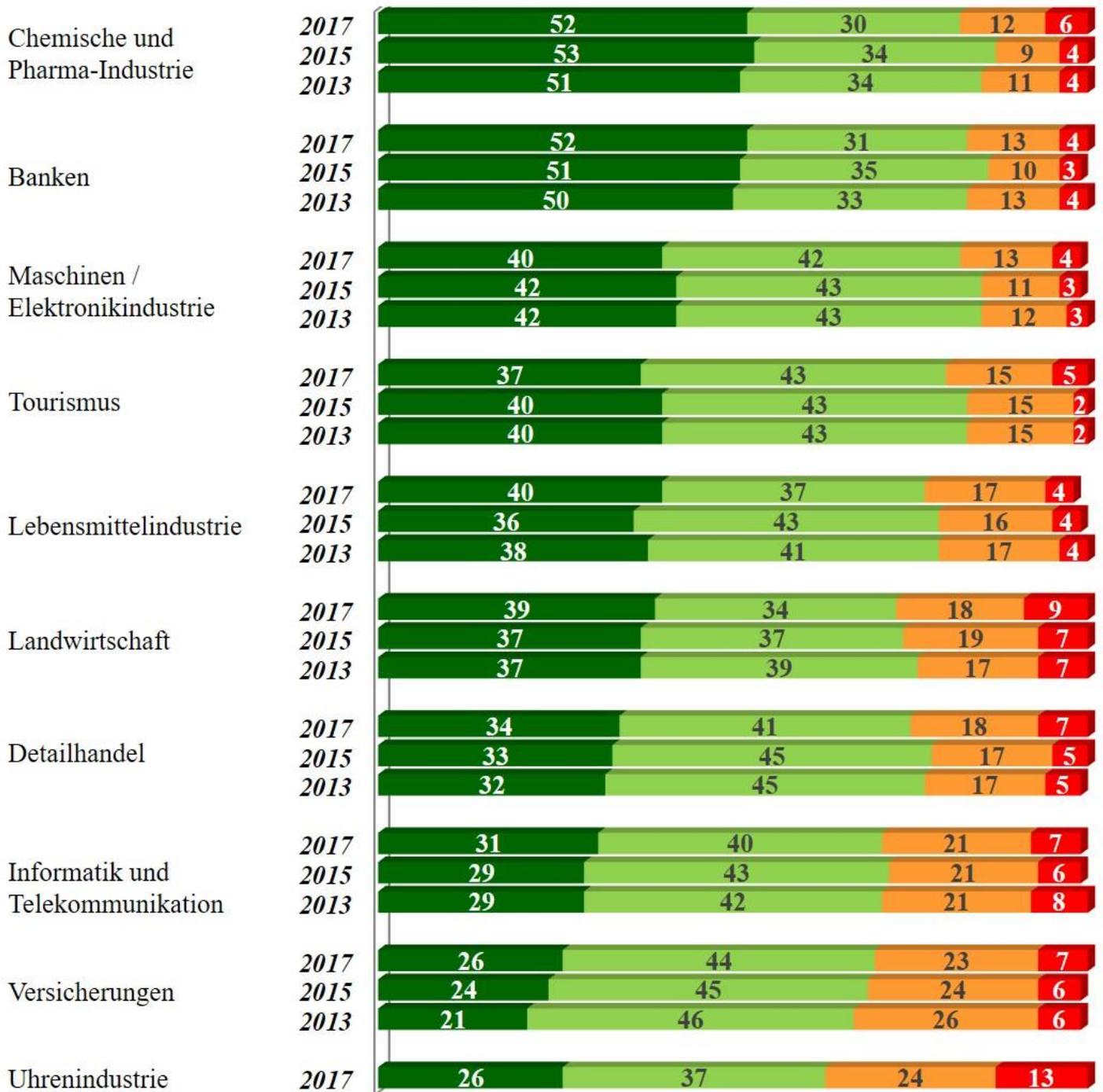
Die aktuelle Befragung mass zum zweiten Mal die Einstellungen bezüglich der finanziellen Solidität und wirtschaftlichen Sicherheit der Banken. Die Meinungen bewegen sich in einem ähnlichen Bereich wie vor zwei Jahren: mit 62% Zustimmung fällt das Resultat insgesamt positiv aus (2015: 65%). Diese Meinungen sind stark durch die allgemeine Einstellung gegenüber den Banken beeinflusst: fast 74% der gegenüber Finanzhäusern positiv eingestellten Personen sind vorwiegend oder vollständig von der Solidität der Institute überzeugt. Mit 36% liegt dieser Anteil unter bankenkritischen Befragten sehr viel tiefer. Der Glaube, dass die Banken wirtschaftlich sicher sind, ist ausserdem unter den Kunden der Grossbanken stärker vertreten (42% Aussage trifft vollständig zu). Dieses Ergebnis kann wahrscheinlich darauf zurückgeführt werden, dass diese Finanzinstitute trotz z.T. heftiger Bussenzahlungen an ausländische Staaten nach wie vor stabil sind und die Befragten dies auch zur Kenntnis nehmen.

Zum ersten Mal wurde in dieser Erhebung die Aussage geprüft, ob die Schweizer Banken im technischen Bereich innovativ und auf die Digitalisierung der Finanzbranche gut vorbereitet sind. Eine komfortable Mehrheit (65%) stimmt dieser Aussage vollständig oder vorwiegend zu und sehen die Banken damit auf gutem Weg, um die bevorstehenden Herausforderungen im Bereich Fintech zu meistern. Nachrichten wie zum Beispiel, dass die UBS Anstrengungen im Bereich der Blockchain-Technologie unternimmt, könnten zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben. Die Tatsache, dass die Zustimmung (vorwiegend oder vollständig) zu dieser Aussage unter sehr an Wirtschaftsfragen interessierten Personen höher ist, deutet ebenfalls in diese Richtung (70% im Vergleich zu 61% unter den eher nicht, sowie 55% unter den gar nicht Interessierten).

Grafik 7: Beitrag der Banken an der Gesamtwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

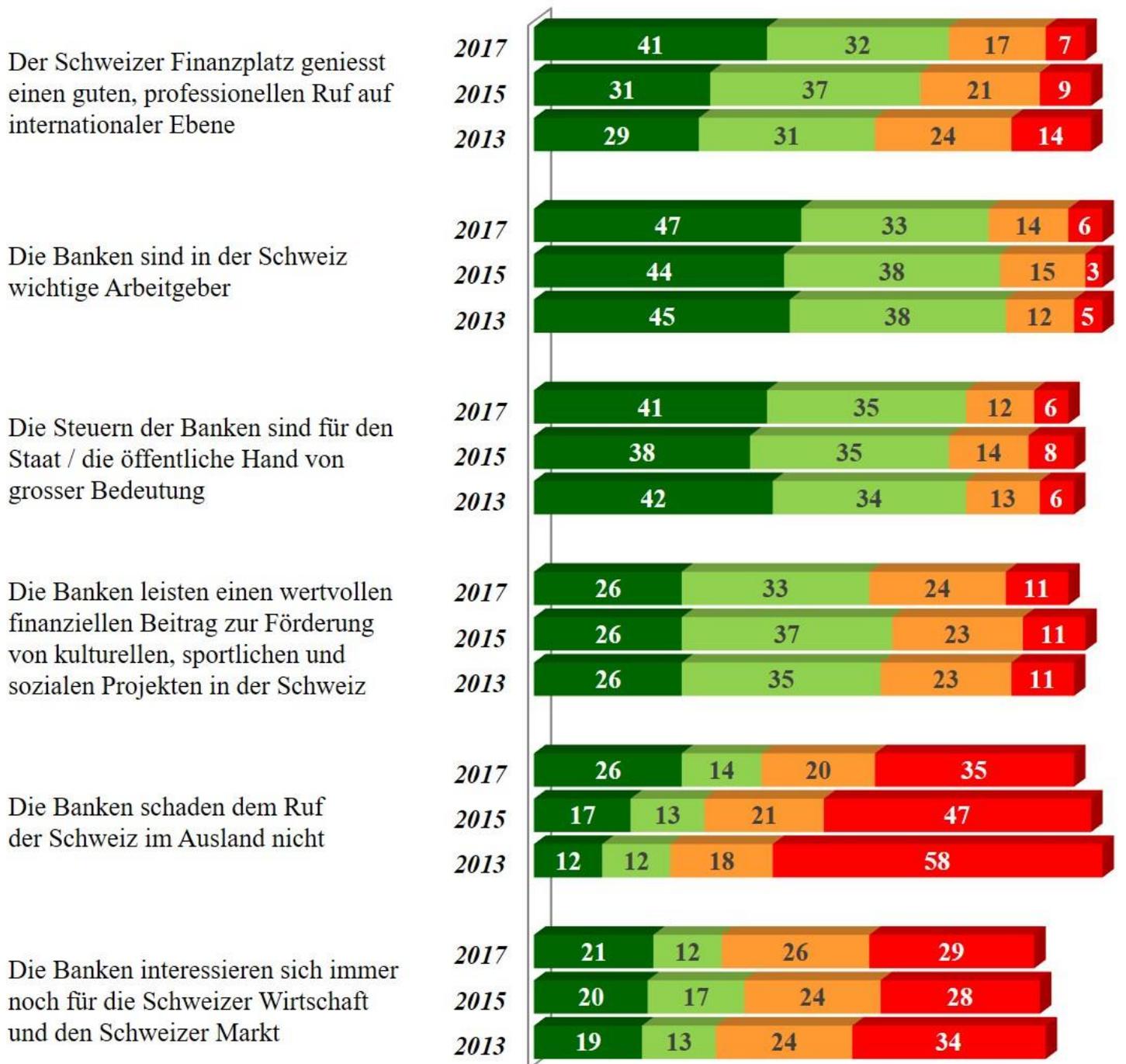
«Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach der Beitrag der folgenden Wirtschaftszweige an der Gesamtwirtschaft?»



■ Sehr wichtig ■ Ziemlich wichtig ■ Es geht so ■ Unwichtig / ganz unwichtig

Grafik 8: Image der Banken im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsumfeld

«Hier sind allgemeine Aussagen zu den Banken. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie stark sie Ihrer Meinung nach zutrifft.»



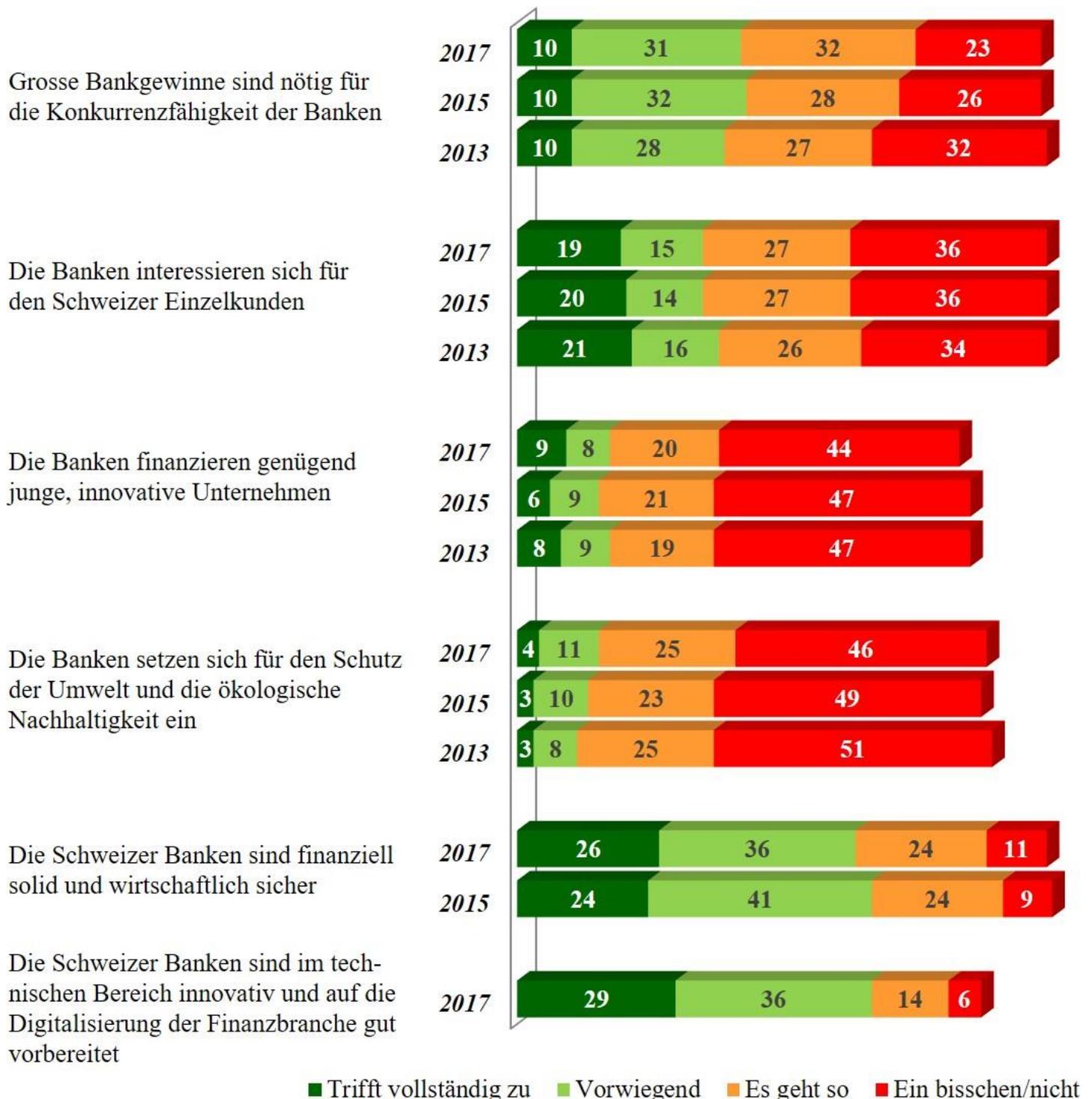
■ Trifft vollständig zu ■ Vorwiegend ■ Es geht so ■ Ein bisschen/nicht

Image der Banken im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsumfeld

(Fortsetzung)

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Hier sind allgemeine Aussagen zu den Banken. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie stark sie Ihrer Meinung nach zutrifft.»



3. DIE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG DER BANKEN

Die Erhebung fragte auch in diesem Jahr nach der Bedeutung von starken Banken für die Schweizer Unternehmen (Grafik 9). Es besteht weiterhin ein Konsens, dass ein starkes Bankensystem wichtig für die hiesigen Firmen ist. Etwa 67% der Befragten sind der Ansicht, dass solide Geldhäuser eine sehr starke Bedeutung für die einheimischen Unternehmen haben. Im Vergleich zu 2015 (65%) ist dieser Anteil somit sogar leicht gestiegen. Diese Zunahme fällt allerdings in den Bereich der statistischen Unschärfe und sollte somit vorsichtig interpretiert werden. Rund 28% geben an, dass die Rolle der Banken eher wichtig sei. Die Bedeutung der Finanzinstitute wird insbesondere in der Deutschschweiz (70% sehr wichtig) betont, wobei die entsprechenden Anteile im Tessin (64%) und der Romandie (58%) aber immer noch gross sind. Wenig überraschend steigt die Zustimmung im Gleichschritt mit dem Interesse für wirtschaftliche Themen: Befragte, die sich eher oder überhaupt nicht mit solchen Fragen befassen, sind zu 55% davon überzeugt, dass die Banken hier sehr wichtig sind, währenddem dieser Anteil unter denjenigen mit dem grössten Interesse auf 77% steigt. Ähnliches lässt sich in Bezug auf die finanzielle Situation der Haushalte feststellen. Personen aus bescheidenen Haushalten finden die Rolle der Finanzhäuser für die Schweizer Unternehmen als etwas weniger wichtig, deren Bedeutung steigt aber mit zunehmendem Einkommen auf 72% unter den wohlhabendsten Befragten. Dies könnte damit zusammenhängen, dass finanziell wohlbehütete Personen privat oder berufsbedingt ev. etwas intensiver mit Banken in Kontakt stehen. Insgesamt lassen die Ergebnisse aber keinen Zweifel daran, dass die Schweizer Bevölkerung die Wichtigkeit der Finanzinstitute für die einheimischen Unternehmen anerkennt.

Es wurden wiederum die Einstellungen zu vier Argumentationsmustern bezüglich des Einsatzes der finanziellen Mittel der Banken im Hinblick auf in grossen finanziellen Schwierigkeiten steckenden Unternehmungen abgefragt (siehe Grafik 10). Dabei zeigt sich, dass eine klare Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer der Meinung ist, dass die Banken bei der Verwendung von Kundengeldern Vorsicht walten lassen sollen (bestimmt oder eher einverstanden: 87%). Der Anteil an «bestimmt einverstanden» liegt insbesondere unter den am stärksten an Wirtschaftsfragen interessierten Personen (64%) höher als bei eher oder überhaupt nicht interessierten (46%). Das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge kann durchaus dazu führen, dass Befragte die Risiken solcher Investitionen etwas höher einschätzen.

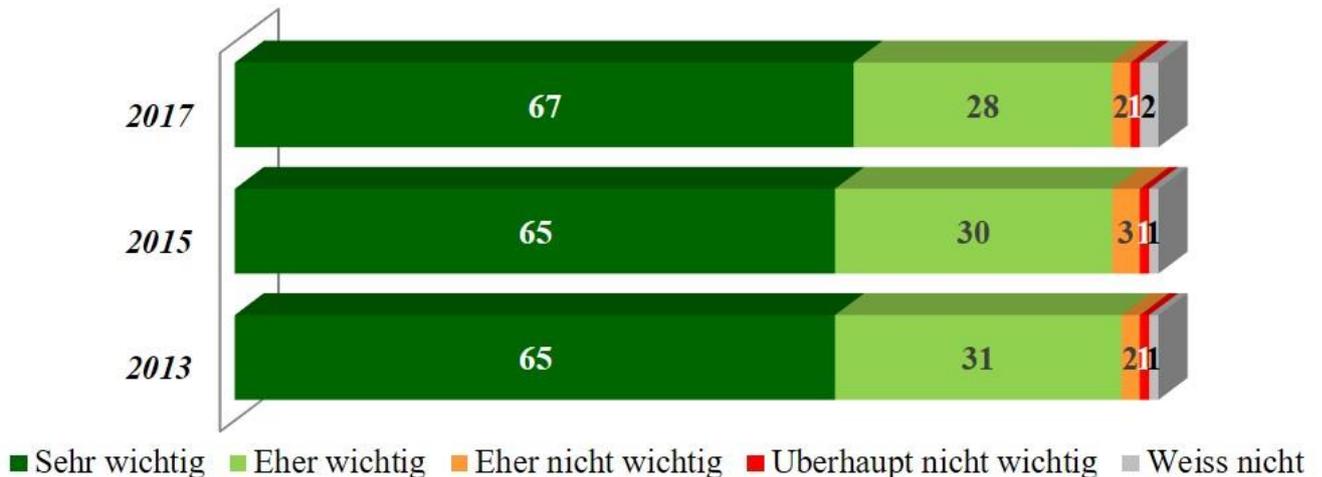
Die Befürchtung, dass eine Bank selber in Schwierigkeiten geraten könnte, wenn sie in finanziell schwache Firmen Geld einbringt, wird wie vor zwei Jahren von 68% der Bevölkerung geteilt. In Kleinstädten und auf dem Land sind 40% bestimmt mit dieser Aussage einverstanden. In den grossen Agglomerationen sinkt dieser Anteil auf 26%.

Die Einschätzung bezüglich einer Änderung der Sparzinsen als Konsequenz von Investitionen in finanziell am Abgrund stehende Firmen bereitet den Befragten weiterhin am meisten Mühe. Fast ein Fünftel hat diese Frage nicht beantwortet, was darauf hindeutet, dass es sich um das komplexeste Argument handelt. Insgesamt sind aber 56% der Ansicht, dass dies zu höheren Kredit- oder tieferen Sparzinsen führen kann.

Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (67%) ist der Ansicht, dass sich Banken nicht zwecks Strukturhaltung stärker in Unternehmen mit grossen finanziellen Schwierigkeiten einbringen sollen. Das volle Verständnis für diese Aussage steigt mit zunehmender besserer finanzieller Situation eines Haushalts (überdurchschnittlich / wohlhabend: 46% bestimmt einverstanden, unterdurchschnittlich 34%, bescheiden 32%). Als einziges Argument lässt sich hier gegenüber 2015 ein spürbarer Rückgang der Zustimmung feststellen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Sensibilität für das Wohlergehen (und teilweise Überleben) gewisser Wirtschaftsbranchen in letzter Zeit zugenommen hat, z.B. bezüglich den Medien, der Taxibranche, der Hotellerie oder dem Detailhandel. Gemeinsam ist diesen aber, dass sie v.a. auf Grund der disruptiven Entwicklungen im Zuge der Digitalisierungen unter Druck kommen und weniger wegen ungenügender Bankkredite.

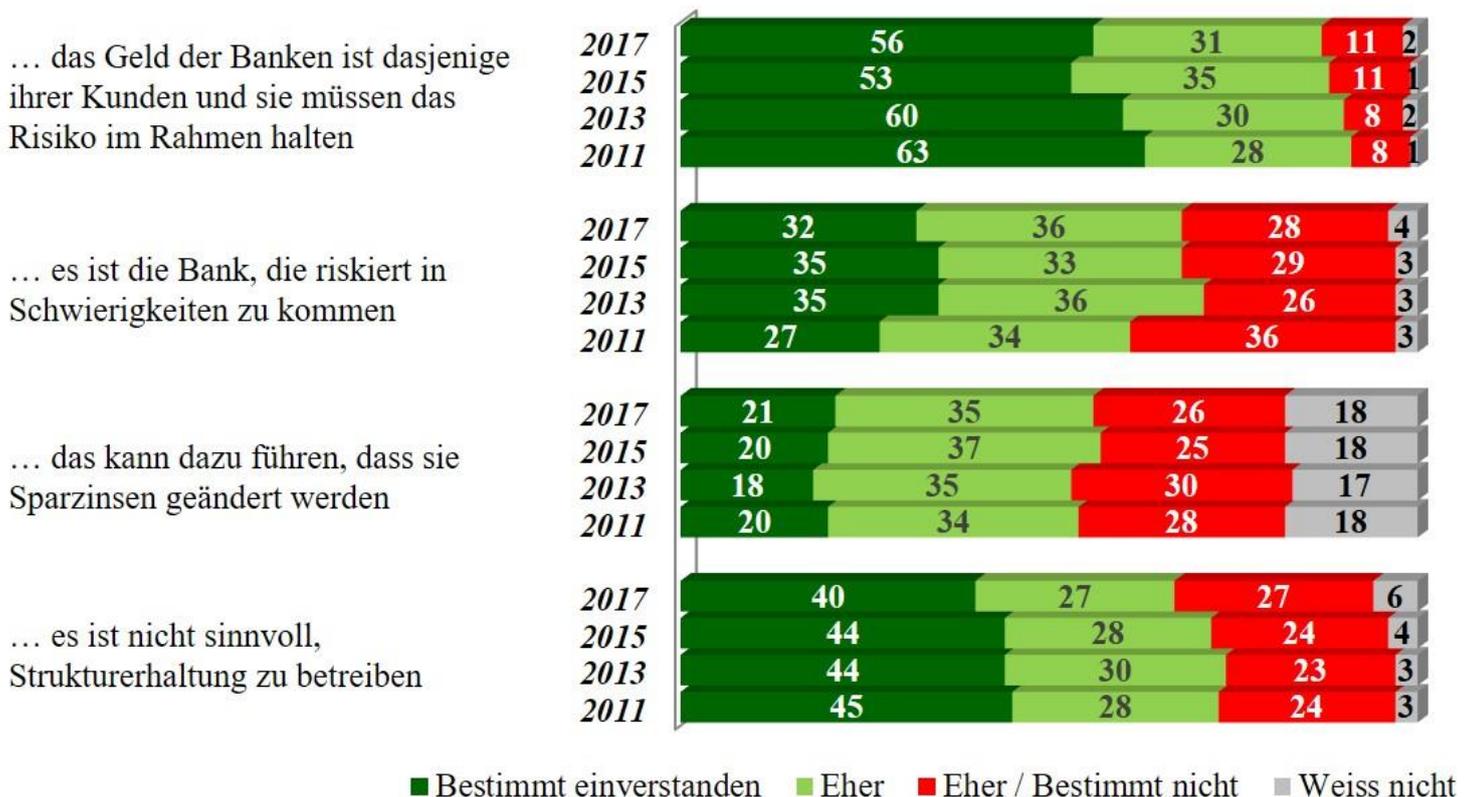
Grafik 9: Ist es für die Schweizer Unternehmen wichtig, auf starke Banken zählen zu können?

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)



Grafik 10: Sind Sie damit einverstanden oder nicht ...

«Man hört manchmal, dass die Banken Geld in Firmen, die bereits in grossen finanziellen Schwierigkeiten stecken, einbringen sollten, damit ihr möglicher Konkurs abgewendet werden kann.»



4. INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Ein Teil der Schweizer Banken agiert im globalen Wettbewerb um die Gunst der Kunden. Dabei kommt ihrer Kompetitivität allgemein jener des hiesigen Finanzplatzes eine wichtige Rolle zu. Das seit 2007 erhobene Modul zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit erlaubt es, die Einstellungen der Bürger zu diesem Thema zu erfassen und über die Zeit nachzuverfolgen.

Die interviewten Personen schätzen die Situation des Schweizer Finanzsektors gegenüber der ausländischen Konkurrenz insgesamt weiterhin als gut ein (Grafik 11). Knapp über die Hälfte (51%) findet, dass Schweizer Banken und der Finanzplatz wettbewerbsfähiger als die Mitbewerber aus Grossbritannien, Singapur, Luxemburg oder den USA sind. Dieser Wert liegt nur unwesentlich tiefer als vor zwei Jahren (-3%). Ein weiteres Fünftel der Befragten (2015: 21%) schätzt, dass der hiesige und ausländische Finanzplätze gleich lange Spiesse aufweisen und rund 19% (2015: 16%) sehen die Schweiz im Nachteil. Die nach wie vor vorhandene Mehrheit an positiven Antworten steht damit einem leicht wachsenden Lager kritischer Einschätzungen gegenüber. Dies widerspiegelt einerseits die anhaltend gute Arbeit der Finanzinstitute angesichts des sich zunehmend verschärfenden internationalen Wettbewerbs. Es zeigt aber auch auf, dass ebendiese Konkurrenzsituation nichts an Intensität verliert.

Die Ansicht, dass die Schweizer Banken und der Finanzplatz weniger wettbewerbsfähig sind als die ausländische Konkurrenz findet auf der rechten Seite des politischen Spektrums mehr Zuspruch (26%) als auf der linken Seite (15%). Diese Tatsache erstaunt insofern nicht, als dass erstere tendenziell kritischer gegenüber Regulierungen eingestellt sind und an dieser Front in den letzten Jahren einige Verschärfungen vorgenommen wurden. Die jüngsten Befragten (18-29 Jahre) verzeichnen mit 70%, welche die Schweiz im Vorteil sehen, den höchsten Wert unter allen Alterskategorien. Abschliessend lässt sich feststellen, dass die Einschätzungen in der Deutschschweiz etwas positiver ausfallen und dort 53% von einer guten Konkurrenzsituation der Schweizer Banken überzeugt sind, wohingegen dieser Anteil in der Westschweiz 44% beträgt (Tessin: 50%).

Im Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten fünf Jahren zeigt sich ein etwas durchzogenes Bild. Zwar setzt sich der seit 2015 anhaltende leicht ansteigende Trend bezüglich positiver Zukunftsaussichten eher fort (17%, 2015: 16%), gleichzeitig hat sich aber auch der Anteil derjenigen leicht vergrössert, die davon ausgehen, dass sich die Situation verschlechtern wird (23%, 2015: 21%). Neu sind noch 53% der Ansicht, dass sich bezüglich der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit nichts verändern wird. Da sich diese Veränderungen in kleinen Bereichen bewegen, ist bei der Interpretation Vorsicht geboten. Es lässt sich aber mit Sicherheit feststellen, dass sich insbesondere die negativen Zukunftsaussichten im Vergleich zu 2013 abgeschwächt haben. Gleichzeitig herrscht aber keine Euphorie, dass die Schweiz z.B. im Zuge des Regierungswechsels in den USA, dem Brexit und zunehmender Instabilität in einigen Weltregionen in einer verstärkten Rolle als save

haben ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern könnte. Hierzu muss natürlich angemerkt werden, dass der mit dieser Situation verbundene Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken die Kostenbasis vieler Schweizer Banken belastet.

Ein anhaltend grosser Teil der Bevölkerung sieht die politische und wirtschaftliche Stabilität der Schweiz als Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Dass diese in den letzten Jahren zumindest im politischen Bereich durch einige Volksabstimmungen Einbussen erfahren hat, scheint in der Summe keinen Einfluss auf die Resultate zu haben. Allenfalls zeigen die leichten Zunahmen in den Extremwerten der Skala, dass noch etwas mehr Bürgerinnen und Bürger sich bewusst werden, wie wichtig eine gewisse Beständigkeit in diesem Bereich ist, gleichzeitig aber auch der Anteil jener leicht zunimmt, denen z.B. die Eigenständigkeit der Schweiz und die Möglichkeit, dass diese Entscheide mit einem relativ abrupten Richtungswechsel treffen kann, wichtiger sind. Rund zwei Drittel sind vollständig mit der im Interview vorgelegten Aussage einverstanden (2015: 64%) und weitere 22% stimmen vorwiegend zu. Die Zustimmung zu dieser Aussage verteilt sich relativ gleichmässig auf die drei grossen Sprachregionen, eine feingliedrigere Aufteilung der geographischen Einheiten fördert aber ein paar Unterschiede zutage. Während in den Grossstädten 71% vollständig mit dem Item übereinstimmen, teilen diese Ansicht auf dem Land noch 58%, ein zusätzlicher Hinweis für die weiter oben beschriebene Analyse. Dieser Anteil steigt auch mit zunehmender Ausbildung und beträgt bei Personen mit Primar- und Sekundarschulabschluss 52%, bei Befragten mit höherer Bildung jedoch 74%. Eine Subgruppenanalyse in Abhängigkeit des Politikinteresses zeigt ein ähnliches Muster: politisch sehr Interessierte sind zu 76% vollständig damit einverstanden, dass die politische und wirtschaftliche Stabilität der Schweiz ein wichtiger Standortvorteil ist, währenddem dies bei eher Interessierten zu 63% und bei nicht Interessierten zu 60% der Fall ist. Obwohl damit eine klare Mehrheit in allen Lagern dieser Aussage zustimmt, deutet der höhere Anteil bei den sehr Interessierten doch darauf hin, dass Interesse für das politische Zeitgeschehen das Verständnis für diese Zusammenhänge fördert.

Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer schätzt die Ausbildung von gut qualifizierten Fachkräften im Bankbereich weiterhin als wichtig ein, damit sich Schweizer Finanzinstitute im internationalen Wettbewerb behaupten können. Unveränderte 84% sind der Meinung, dass die Ausbildung im Bankbereich gefördert werden soll. Diese Notwendigkeit anerkennen vor allem Befragte, die sich durch ein hohes Interesse an Wirtschaftsthemen auszeichnen (92%), wobei die entsprechenden Anteile bei eher interessierten (84%) und eher nicht oder überhaupt nicht interessierten Personen (76%) nach wie vor sehr hoch ausfallen. Interessanterweise steigt die Unterstützung für dieses Anliegen mit dem Alter: 47% der 18-29-Jährigen stimmen vollständig mit dieser Aussage überein und dieser Wert steigt kontinuierlich mit zunehmendem Alter auf 65% bei den 60+-Jährigen.

Der Kundenservice der Schweizer Banken wird weiterhin von einer überwiegenden Mehrheit positiv bewertet: 62% sind der Ansicht, dass sich heimische Finanzinstitute im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz durch einen besonders guten Umgang mit Klienten auszeichnen. Die Meinung zu dieser Aussage ist stark von der allgemeinen Einstellung gegenüber den Banken geprägt. Befragte mit einem positiven Bild der Finanzhäuser sind zu 45% davon überzeugt, dass einheimische Institute eine Klasse für sich sind, wohingegen dies bei den neutral und negativ eingestellten Personen zu je rund einem Viertel der Fall ist.

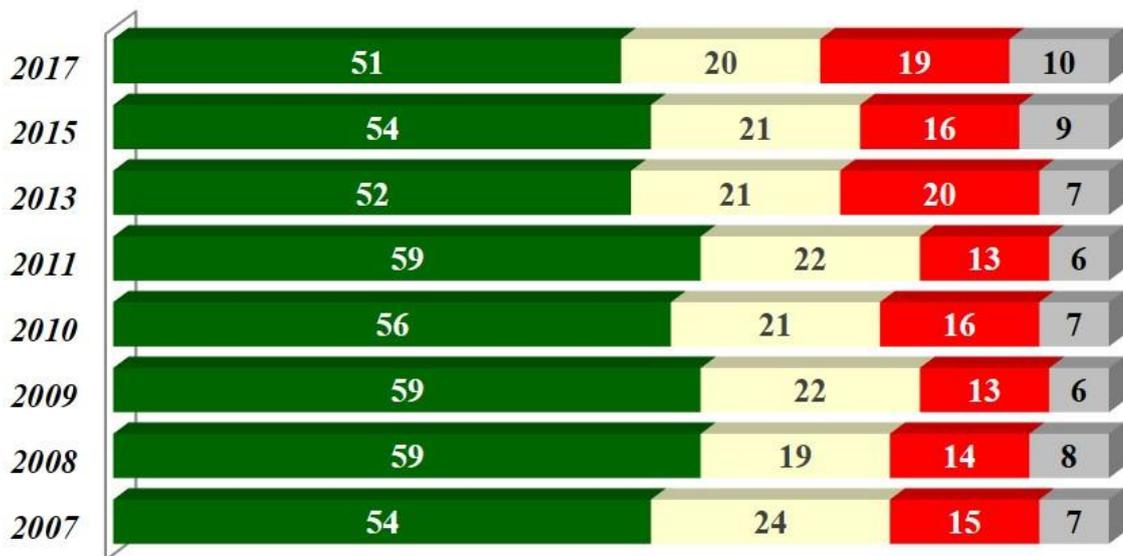
Der besondere Vorteil dieser Barometer-Befragung liegt darin, dass mit zunehmender Zeit die Entwicklung der Meinungen verfolgt werden kann. Bereits zum vierten Mal wurde den Befragten das Statement zur Wichtigkeit der Wahrung der finanziellen Privatsphäre der Kunden im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zur Bewertung vorgelegt. Nach einem Rückgang vor zwei Jahren des Anteils an Personen, die vollständig einverstanden sind, befindet sich dieser im Jahr 2017 bei 49% und damit praktisch wieder auf dem gleichen Niveau wie in den ersten beiden Messungen dieses Items. Der Gesamtanteil zustimmender Antworten beträgt rund drei Viertel (2015: 72%) und bleibt damit unberührt vom Inkrafttreten der Rechtsgrundlagen zum automatischen Informationsaustausch am 1. Januar 2017. Wenig überraschend variiert die Zustimmung zu dieser Aussage erneut in Abhängigkeit der Einstellung gegenüber den Banken. Je positiver Finanzinstitute generell bewertet werden, desto mehr Bedeutung wird dem Schutz der finanziellen Privatsphäre für die internationale Kompetitivität beigemessen.

Wie im Jahr 2015 sind 94% der Befragten damit einverstanden, dass es wichtig für die Schweizer Wirtschaft ist, auf einen international wettbewerbsfähigen Banken- und Finanzplatz zählen zu können. Die seit 2010 tendenziell stattfindende Verschiebung der Antworten von «sehr wichtig» hin zur Kategorie «eher wichtig» hat sich damit nicht fortgesetzt und seit 2013 herrscht diesbezüglich eine gewisse Stabilität. In allen drei grossen Sprachregionen messen über 90% der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes eine wichtige Bedeutung für die hiesige Wirtschaft bei.

Grafik 11: Internationale Wettbewerbsfähigkeit

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

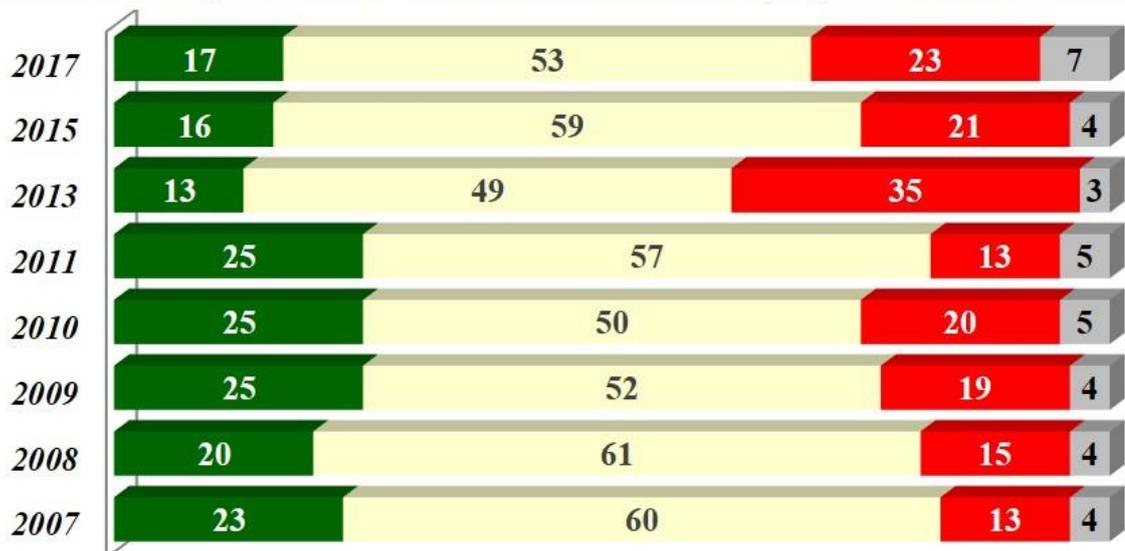
«Sind die Schweizer Banken und der Schweizer Finanzplatz wettbewerbsfähiger oder weniger wettbewerbsfähig als die Konkurrenz aus anderen Ländern, wie zum Beispiel Grossbritannien, Singapur, Luxemburg oder die USA?»



Schweizer Banken / Finanzplatz ...

- ... wettbewerbsfähiger
- ... gleich wettbewerbsfähig
- ... weniger wettbewerbsfähig
- Weiss nicht

«Und was denken Sie, wie sich die Situation in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird?»



Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken...

- ... verbessert sich
- ... bleibt gleich
- ... verschlechtert sich
- Weiss nicht

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage über die internationale Wettbewerbsfähigkeit, wie stark sie Ihrer Meinung nach zutrifft?»

Die politische und wirtschaftliche Stabilität der Schweiz sind wichtige Vorteile im internationalen Wettbewerb.



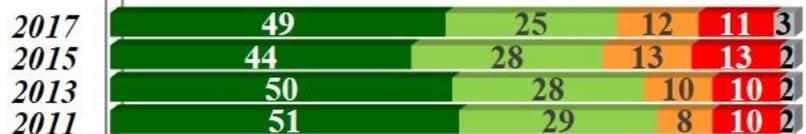
Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, ist es wichtig, die Ausbildung im Bankbereich zu fördern.



Die Schweizer Banken zeichnen sich im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz durch einen besonders guten Kundenservice aus.

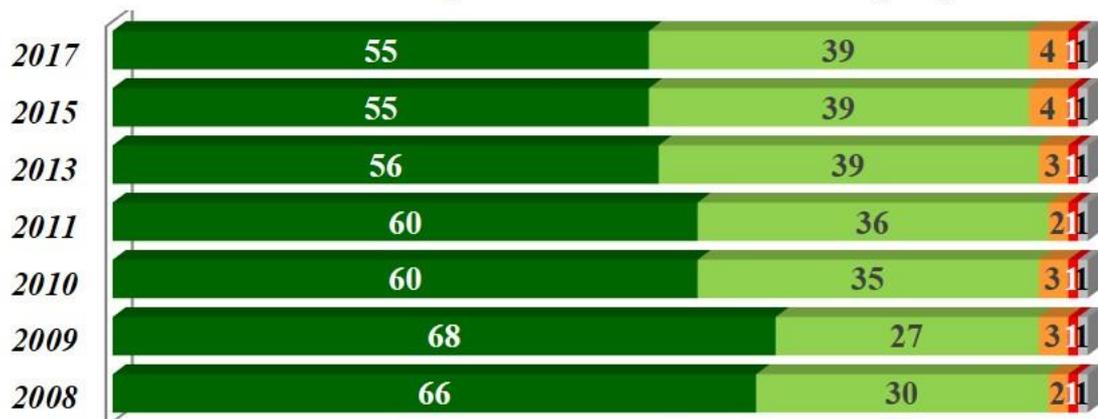


Um im int. Wettbewerb zu bestehen, ist es wichtig, dass die finanzielle Privatsphäre der Kunden besonders gut geschützt wird.



■ Trifft vollständig zu ■ Vorwiegend ■ Es geht so ■ Ein bisschen/nicht ■ Weiss nicht

«Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Schweizer Wirtschaft, dass die Schweizer Banken und der Schweizer Finanzplatz international wettbewerbsfähig sind?»



■ Sehr wichtig ■ Eher wichtig ■ Eher nicht wichtig ■ Überhaupt nicht wichtig ■ Weiss nicht

5. GELDWÄSCHEREI UND DIKTATORENGELDER

Die Schweizer Bevölkerung stellt den Banken für ihre Bemühungen gegen Geldwäscherei insgesamt weiterhin ein vergleichbar gutes Zeugnis aus (siehe Grafik 12): 37% finden, dass Schweizer Institute mehr gegen Geldwäscherei und Diktatorengelder unternehmen als ihre ausländischen Pendanten. Im Vergleich zu 2015 hat dieser Wert ausserdem leicht zugenommen. Auf der anderen Seite finden neu 19%, dass ausländische Banken bessere Noten verdienen. Die leichten Zuwächse an positiven und negativen Urteilen stehen einem sinkenden Anteil derjenigen gegenüber, welche hier einen Gleichstand sehen (34%, 2015: 42%). Die Einstellungen unterscheiden sich nach wie vor relativ stark in Abhängigkeit der politischen Selbstverortung: in der Mitte und rechts sind 45% der Meinung, Schweizer Banken nehmen ihre Verantwortung stärker wahr als ihre ausländischen Konkurrenten, währenddem dieser Anteil links der Mitte nur 28% beträgt. Dieser Wert steigt auch bei einem besseren allgemeinen Bild der Banken an (44% «Schweizer Banken tun mehr» unter denjenigen mit positiver Meinungen über die Banken versus 25% der Befragten mit generell negativen Einstellungen). Die Anstrengungen der Institute im Kampf gegen das Einschleusen illegal erwirtschafteter Gelder werden in der Romandie weiterhin kritischer betrachtet (24% «Schweizer Banken tun mehr») als in der Deutschschweiz (42%). Immerhin sind aber in der erstgenannten Region 42% noch der Meinung, dass Banken auf beiden Seiten der Landesgrenzen gleich viel unternehmen. Die Ansicht, dass Schweizer Geldinstitute mehr tun, steigt mit zunehmendem Interesse an Wirtschaftsfragen: während dieser Anteil bei den überhaupt nicht Interessierten nur 25% ausmacht, steigt er bei den sehr Interessierten bis auf 43%.

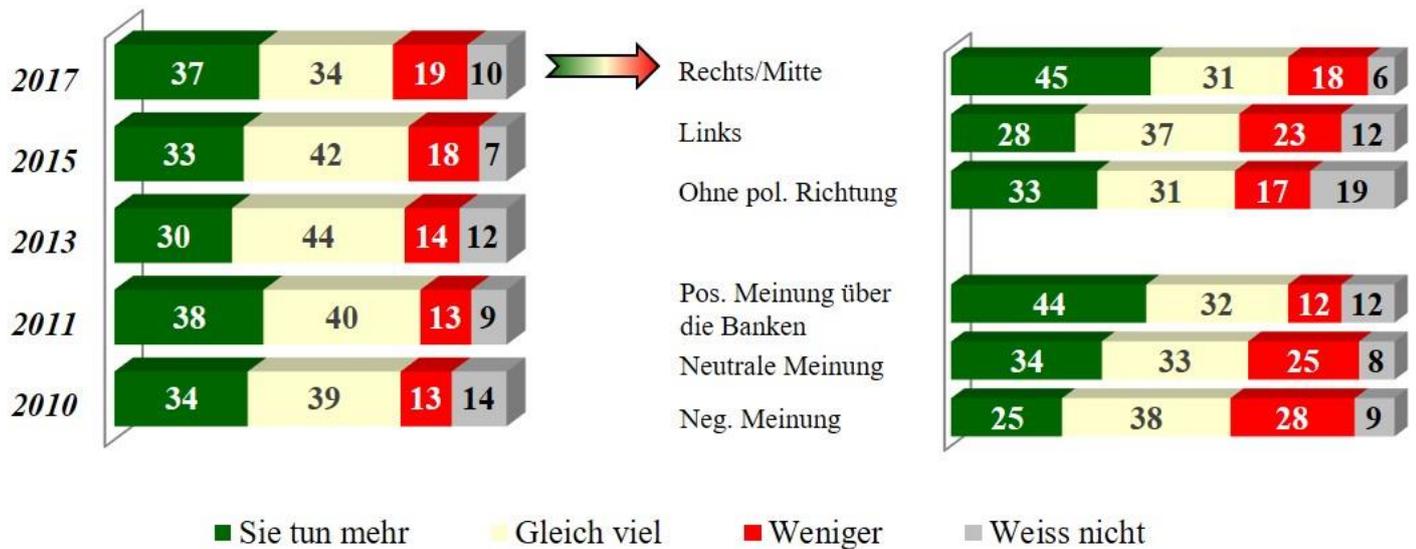
Fast zwei Drittel der befragten Stimmbürger sind sich der Tatsache bewusst, dass die Geldwäscherei nicht ein Problem ist, das nur die Bankenwelt betrifft. Dieser Wert ist seit langer Zeit sehr konstant und zeugt davon, dass Schweizerinnen und Schweizer um die erhebliche Anzahl an potenziell involvierten Akteuren wissen, ohne die Banken als die alleinigen Sündenböcke abzustempeln. Dies würde auch erklären, warum das Bewusstsein für das Problem in anderen Wirtschaftszweigen unter politisch Interessierten höher ist (71%) als bei denen, die das politische Geschehen weniger intensiv verfolgen (55%). Der dafür benötigte Medienkonsum kann dazu beitragen, die gesamte Tragweite des Problems besser einschätzen zu können. In allen politischen Lagern herrscht Einigkeit darüber, dass Geldwäscherei auch in anderen Branchen vorkommen kann (rund zwei Drittel). Personen ohne politische Positionierung sind etwas kritischer eingestellt, aber auch dort ist der überwiegende Anteil der Meinung, dass dieses Problem nicht nur die Banken betrifft.

Es ist äusserst interessant festzustellen, dass die Befragungsergebnisse zu diesem Themenbereich kaum jemals durch aktuelle Ereignisse beeinflusst worden sind. So scheinen auch dieses Mal relativ aktuelle Dossier wie z.B. des malaysischen Staatsfonds 1MDB sowie die Petrobras Korruptionsaffäre keinen impact auf die öffentliche Meinung in der Schweiz zu haben.

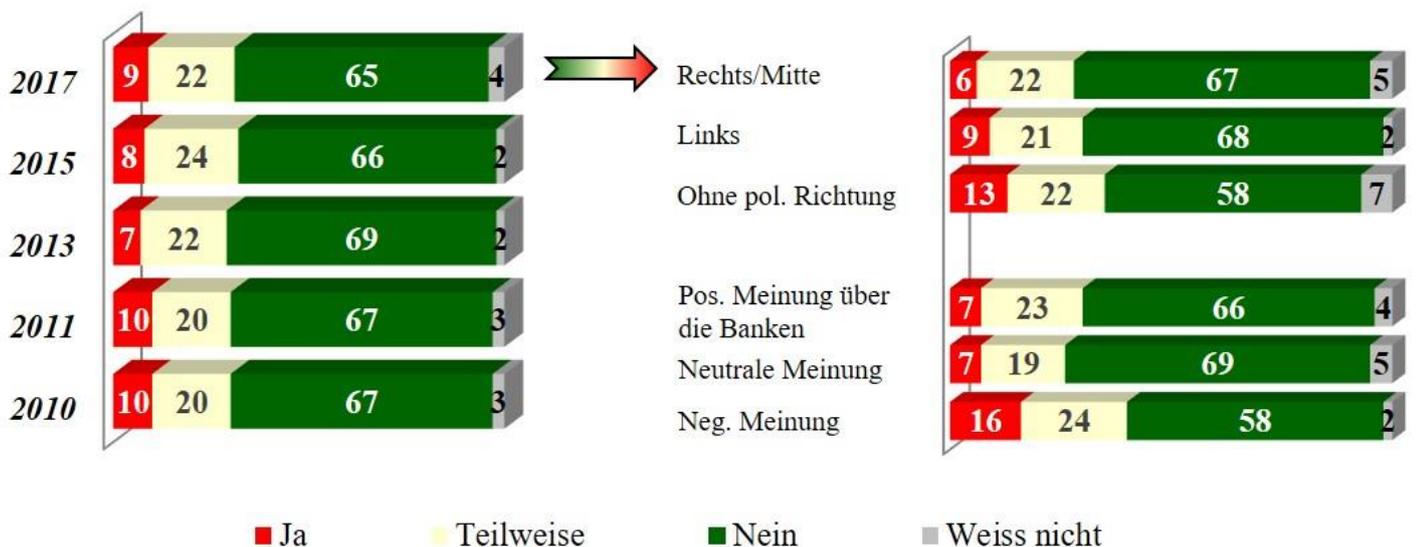
Grafik 12: Kampf gegen die Geldwäscherei

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Tun die Schweizer Banken mehr, gleich viel oder weniger als die ausländischen Banken, um die Geldwäscherei und Diktatorengelder zu bekämpfen?»



«Handelt es sich bei der Geldwäscherei nur um ein Problem der Banken?»



6. DAS BANKKUNDENGEHEIMNIS UND DIE PRIVATSPHÄRE

Es besteht ein grundsätzlicher Konsens darüber, dass finanzielle Daten der Bankkunden gegenüber Dritten geschützt werden sollen (Grafik 13): 87% der befragten Schweizerinnen und Schweizer finden, dass dies gewährleistet und nur ein Zehntel denkt, dass dies nicht der Fall sein sollte. Diese Daten deuten darauf hin, dass das Prinzip der finanziellen Privatsphäre in der Schweiz stark verankert ist.

Diese Ansicht stösst in allen Landesteilen der Schweiz auf dementsprechend breiten Anklang. Im Tessin ist die Zustimmung mit 92% besonders stark, aber auch in der Deutschschweiz (89%) und in der Romandie (81%) vereinigt dieses Anliegen eine deutliche Mehrzahl der Antworten hinter sich. Gleiches gilt für die Alterskategorien: den tiefsten Wert verzeichnet hier die Gruppe der 40-49-Jährigen mit immer noch sehr deutlichen 85%. Die höchste Zustimmung findet der Schutz der finanziellen Privatsphäre bei den 30-39-jährigen Befragten mit rund 91%, wobei die kleine Differenz zeigt, dass sich die Altersgruppen im Hinblick auf diese Aussage kaum unterscheiden. Dies gilt ebenfalls für die Geschlechter: mit 90% Ja-Antworten sind die Frauen noch etwas stärker der Ansicht, dass finanzielle Daten geschützt werden sollen, als die Männer (85%).

Bei der Analyse der Zustimmung zur Bewahrung der Vertraulichkeit von Bankbeziehungen in Abhängigkeit der grundsätzlichen Einstellung gegenüber Banken fällt auf, dass bankenkritische Befragte das Anliegen weniger stark gutheissen: 75% stehen hier den 92% Zustimmung bei den gegenüber Finanzinstituten positiv eingestellten Personen gegenüber. Diese 75% stellen gleichzeitig den tiefsten Wert aller Subgruppen überhaupt dar. Abgesehen von dieser Unterkategorie erreicht der Schutz der finanziellen Privatsphäre überall Werte von mindestens 80%, was die breite Abstützung des Anliegens aufzeigt.

Wenig überraschend korreliert die Zustimmung zur Gewährleistung des Schutzes vertraulicher Finanzdaten gegenüber Dritten mit der politischen Selbstverortung. Auf der linken Seite sind 81% von der Richtigkeit dieses Standpunkts überzeugt, während der entsprechende Wert in der Mitte und auf der rechten Seite rund 91% beträgt. Interessanterweise findet das Anliegen auch bei Personen, welche sich politisch nicht einordnen wollen oder können, mit 90% einen sehr hohen Rückhalt.

In der vorliegenden Befragung wurde erneut erhoben, welche Wirkung Schweizerinnen und Schweizer dem Bankkundengeheimnis zumessen. Hierfür wurden den Befragten vier Aussagen dazu präsentiert, welches sie als die wichtigste und zweitwichtigste Konsequenz des Bankgeheimnisses einschätzen. In erster Linie sieht die Schweizer Bevölkerung dieses als Mittel zum Schutz der finanziellen Privatsphäre gegenüber anderen Personen und Firmen (35% Nennungen hauptsächliche Wirkung + 22% zweitwichtigste Wirkung), wobei diese Sichtweise jedoch leicht rückläufig ist. Rund 24% befürchten, dass das Bankgeheimnis hauptsächlich Steuerhinterzieher aus dem Ausland schützt. Es wird hier interessant sein zu verfolgen, wie sich die Antworten bezüglich dieser Aussage angesichts der Einführung des automatischen

Informationsaustauschs mit ausländischen Steuerbehörden entwickeln werden. Eine relativ hohe Wichtigkeit wird dem Bankgeheimnis ausserdem in Bezug auf den Schutz der finanziellen Privatsphäre gegenüber dem Staat zugeschrieben (19% hauptsächliche Wirkung, 29% zweitwichtigste Wirkung). Auch hier zeigt sich aber eher eine rückläufige Tendenz. Dessen Effekt als Hilfsmittel für in der Schweiz wohnhafte Steuerhinterzieher steht weniger im Vordergrund (12% hauptsächliche Wirkung), hat aber gegenüber 2015 etwas an Bedeutung gewonnen.

Bankenfreundliche Personen bringen das Bankkundengeheimnis überdurchschnittlich oft mit dem Schutz der finanziellen Privatsphäre in Verbindung, sei es gegenüber anderen Privaten und Unternehmen (37% hauptsächliche Wirkung), oder auch dem Staat (23%). Personen mit einer neutralen oder kritischen Einstellung gegenüber den Banken heben dahingegen das Bankgeheimnis als Mittel zur Verheimlichung von Vermögen vor dem inländischen Fiskus hervor (beide rund 16% hauptsächliche Wirkung). Finanzielle Diskretion gegenüber dem Staat steht des Weiteren auch bei politisch sehr Interessierten (23%), im rechten politischen Lager (25%) und Männern (23%) stärker im Vordergrund. Auf der linken Seite findet hingegen die Aussage, dass das Bankkundengeheimnis am ehesten Steuerhinterziehern aus dem Ausland hilft, deutlich mehr Anklang (35%).

Die Schweiz hat am 1. Januar 2017 damit begonnen, Daten zu Konten von nicht in der Schweiz steuerpflichtigen Personen zu sammeln, um diese mit ausländischen Behörden auszutauschen. Dieser automatische Informationsaustausch (AIA) gilt allerdings nicht für Informationen bezüglich der Bankbeziehungen von in der Schweiz ansässigen Kunden. Im Hinblick auf das Bankkundengeheimnis in der Schweiz könnten sich dennoch Änderungen ergeben, weil sowohl eine Volksinitiative hängig ist („Ja zum Schutz der Privatsphäre“, auch bekannt als „Matter-Initiative“), als auch der Gesetzgeber mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags aktiv geworden ist. In der Wintersession 2016 hat der Nationalrat sowohl die Initiative, als auch den eigenen Vorschlag verabschiedet. Bevor es zur Volksabstimmung kommen kann, muss sich der Ständerat noch mit beiden Geschäften befassen. Angesichts der Aktualität des Themas auf dem politischen Parkett gibt die Frage bezüglich der Zukunft des Bankkundengeheimnisses in der Erhebung eine interessante Momentaufnahme der Schweizer Stimmbevölkerung wieder.

Eine relative Mehrheit von 39% spricht sich für die Beibehaltung des Bankgeheimnisses für Kunden aus der Schweiz aus. Wie bei der letzten Erhebung findet dieser Vorschlag somit am meisten Unterstützung (2015: 41%). Ein unverändertes Fünftel präferiert die Variante, wonach Bankkundinnen und -kunden selber darüber entscheiden dürfen, ob die Finanzhäuser Informationen direkt an die Steuerbehörden liefern sollen. Rund 35% finden, dass der AIA auch im Inland eingeführt werden soll (2015: 34%). Im Vergleich mit 2015 deuten diese Resultate auf eine Stabilität der Präferenzen hin.

Erwartungsgemäss spaltet dieses Thema die Meinungen der verschiedenen politischen Lager. Währenddem es auf der linken Seite einen höheren Anteil derjenigen gibt, die den AIA auch in der Schweiz einführen wollen (45%), findet dieses Anliegen im rechten Lager deutlich weniger Zustimmung (28%). Genau umgekehrt sieht es bezüglich der Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses aus: während dieses rechts fast eine absolute Mehrheit hinter sich vereint (50%), sind im linken Spektrum noch 31% dafür. Dies stellt auch in der Mitte und bei Personen ohne politische Richtung die jeweils am häufigsten gewählte Option dar (40%, respektive 34%). Bei letzteren findet der Vorschlag der individuellen Wahlmöglichkeit für den Bankkunden etwas mehr Unterstützung (25%) als in den anderen Gruppen (alle 20% oder knapp darunter).

Im Vergleich zu den anderen Landesteilen sprechen sich Deutschschweizer etwas häufiger (37%) für die Einführung des AIA im Inland aus, doch auch dort ist – analog zu den anderen Sprachregionen – insgesamt die Unterstützung für die Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses am häufigsten (Deutschschweiz: 39%, Romandie 38%, Tessin: 50%). Bei Befragten unter 40 Jahren stösst die freiwillige Option auf überdurchschnittliches Interesse, währenddem die Ausweitung des AIA auf inländische Bankbeziehungen dort einen schwereren Stand hat. Übrigens sprechen sich die jüngsten Befragten (18-29 Jahre) ebenfalls stark für die Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses aus (45%). Im Hinblick auf den Lebensstandard lässt sich mit zunehmender finanzieller Ausstattung ein Anstieg in der Präferenz für den Status Quo konstatieren.

Im Hinblick auf eine potenzielle Änderung des Bankkundengeheimnisses im Inland gibt es damit keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Dieser Umstand spiegelt sich teilweise auch in der Frage, ob das Bankkundengeheimnis in der heutigen Form in den nächsten fünf Jahren als gesichert oder gefährdet angesehen wird. Diese Prognosen sind relativ gleichmässig verteilt: 46% schätzen es als wahrscheinlich ein, dass der Status Quo beibehalten werden kann, weitere 50% sehen dies als unwahrscheinlich an. Im Vergleich mit 2015 (die Fragestellung wurde auf die damalige Erhebung hin angepasst) sind die Werte somit praktisch unverändert (45% wahrscheinlich vs. 52% unwahrscheinlich). Angesichts dessen, dass die politische Diskussion dazu noch wenig in der breiten Öffentlichkeit angekommen ist, scheint dies plausibel.

Die Sprachregionen blicken weiterhin etwas unterschiedlich in die Zukunft: in der Westschweiz glauben 52%, dass das Inländer-Bankgeheimnis auch in fünf Jahren noch in der heutigen Form Bestand haben wird. In den deutschschweizer Regionen beträgt dieser Anteil 43%, wobei es dort eine Mehrheit (54%) als unwahrscheinlich betrachtet, dass die Privatsphäre für finanzielle Daten in gleicher Art beibehalten werden kann. Des Weiteren zeigt sich, dass Kunden sämtlicher Banken sich bezüglich dieser Einschätzung nicht unterscheiden. Bei allen liegen die entsprechenden Werte für beide Antwortmöglichkeiten nahe bei denjenigen für die Gesamtstichprobe. Die Daten legen denselben Schluss auch für die Untergruppen im Hinblick auf die politische Ausrichtung nahe.

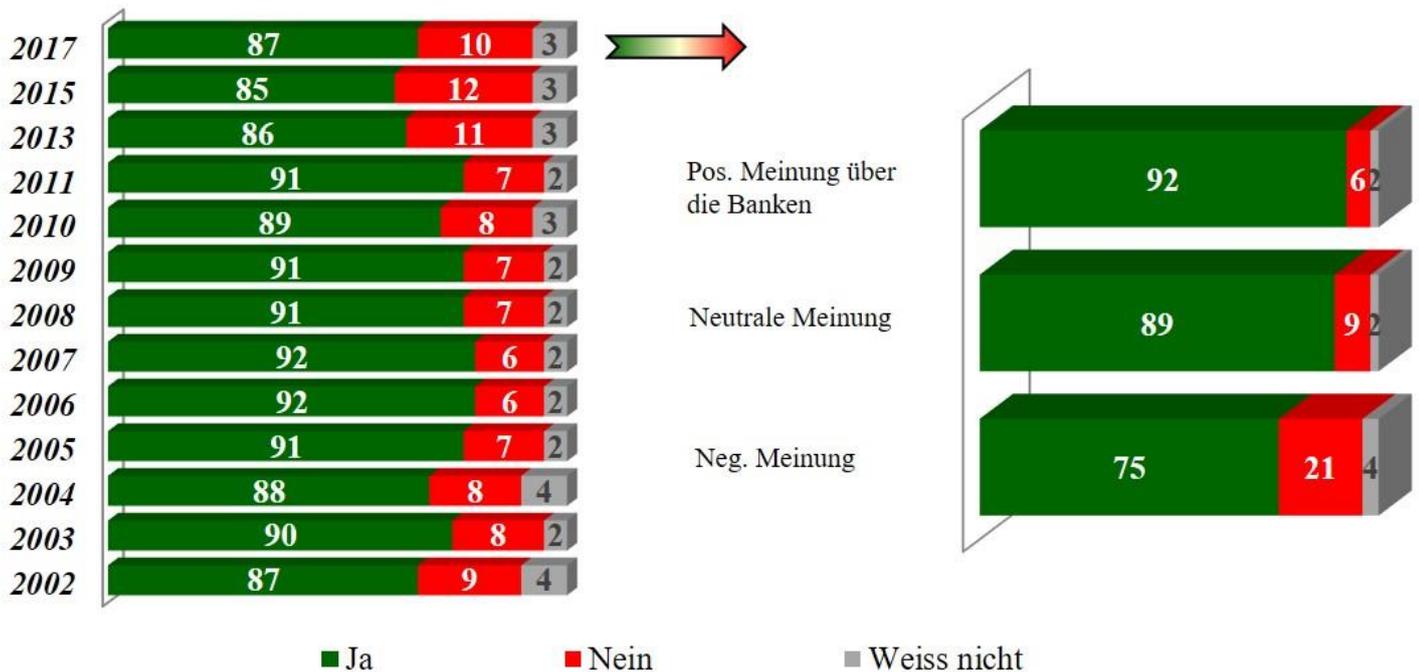
Die Privatsphäre in finanziellen Angelegenheiten ist für die Schweizer Bevölkerung weiterhin sehr wichtig (siehe Grafik 14): 79% geben an, dass es für sie persönlich sehr oder eher wichtig ist, dass der Datenschutz in Finanz- und Bankangelegenheiten garantiert ist. Damit nimmt die Wichtigkeit dieses Anliegens wieder etwas zu, nachdem es seit 2008 tendenziell an Bedeutung verloren hatte. Auf der linken politischen Seite genießt diese Aussage naturgemäss etwas weniger Priorität: für 31% ist dies eher oder überhaupt nicht wichtig.

Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich zwar grossmehrheitlich, dass der Datenschutz in der Finanz- und Bankenwelt garantiert ist. Bezüglich der Zukunft geht der grosse Teil der Befragten aber davon aus, dass die Entwicklung nicht in die gewünschte Richtung zielt: 71% erwarten, dass es zu einer Schwächung der Privatsphäre kommen wird. Lediglich 18% zeigen sich zuversichtlich, dass die Veränderung in die Gegenrichtung hin zu einer Verstärkung des persönlichen Datenschutzes geht. Diese Prognose ist bei den Banken gegenüber freundlich gesinnten Personen etwas stärker verbreitet (21%), wobei dies mit einem entsprechend tieferen Anteil an Befragten einhergeht, die von einer Schwächung ausgehen (67%).

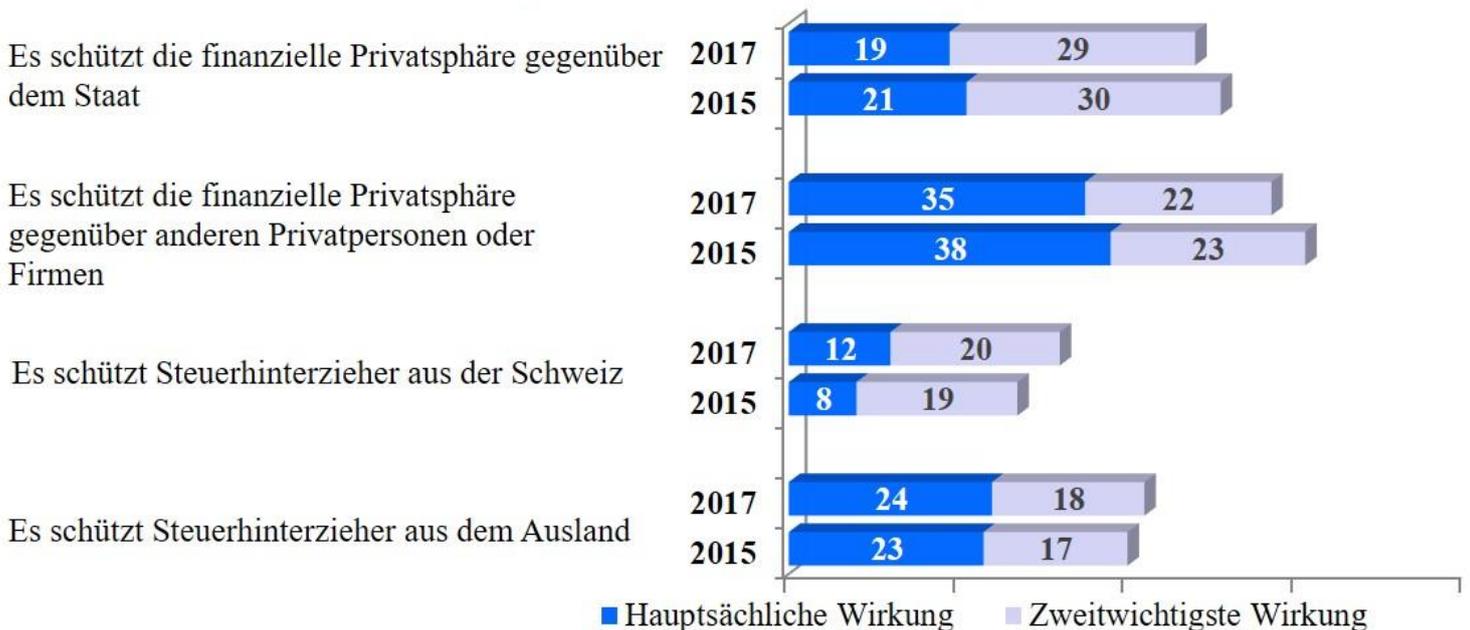
Grafik 13: Bankkundengeheimnis und Privatsphäre

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Ist es grundsätzlich richtig, dass die finanziellen Daten der Bankkunden gegenüber Dritten geschützt werden?»



«Was denken Sie, welche Wirkung hat das Schweizer Bankkundengeheimnis heutzutage hauptsächlich? Und die zweitwichtigste?»

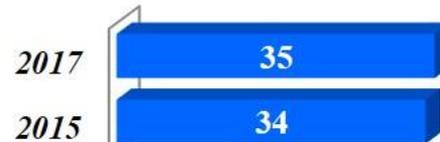


Bankkundengeheimnis und Privatsphäre

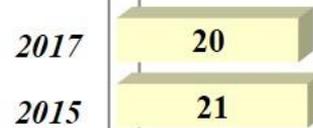
(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Was sollte Ihrer Meinung nach in Zukunft für Kunden aus der Schweiz gelten?»

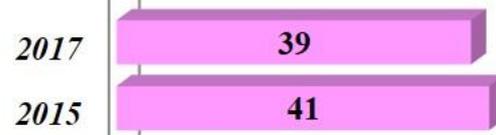
Der automatische Informationsaustausch soll auch für Kunden aus der Schweiz eingeführt werden.



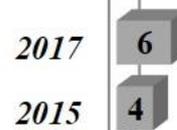
Jeder Bankkunde aus der Schweiz soll seiner Bank neu selber die Anweisung geben, ob sie die Angaben über seine Konten direkt an die Schweizer Steuerbehörden liefern soll oder nicht.



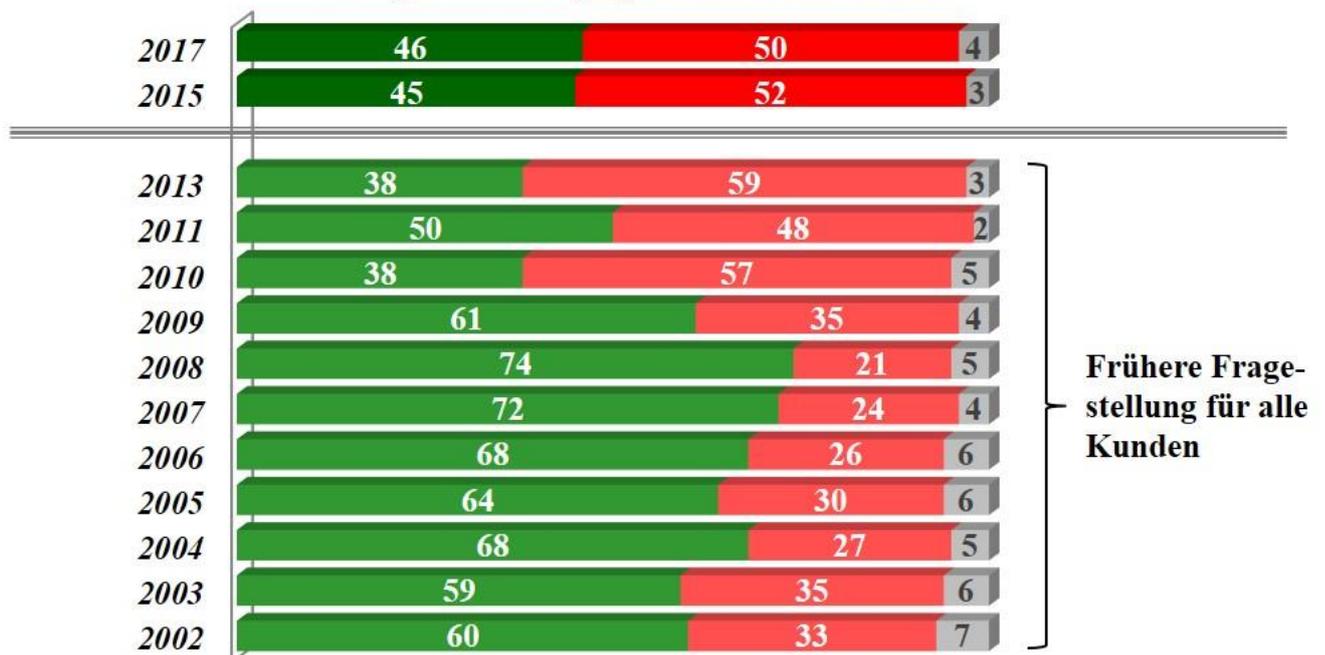
Das Bankgeheimnis für Kunden aus der Schweiz soll beibehalten werden.



Weiss nicht



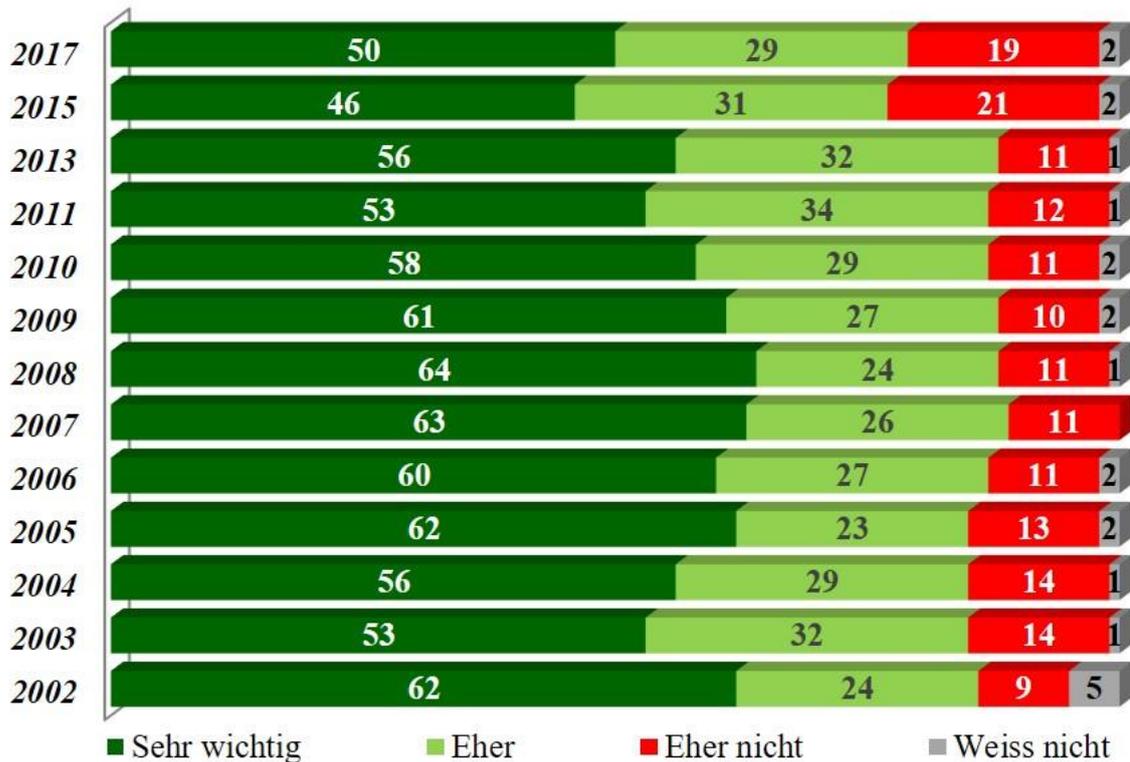
«Wie wahrscheinlich ist es, dass das Bankkundengeheimnis für Kunden aus der Schweiz in der heutigen Form in fünf Jahren noch besteht?»



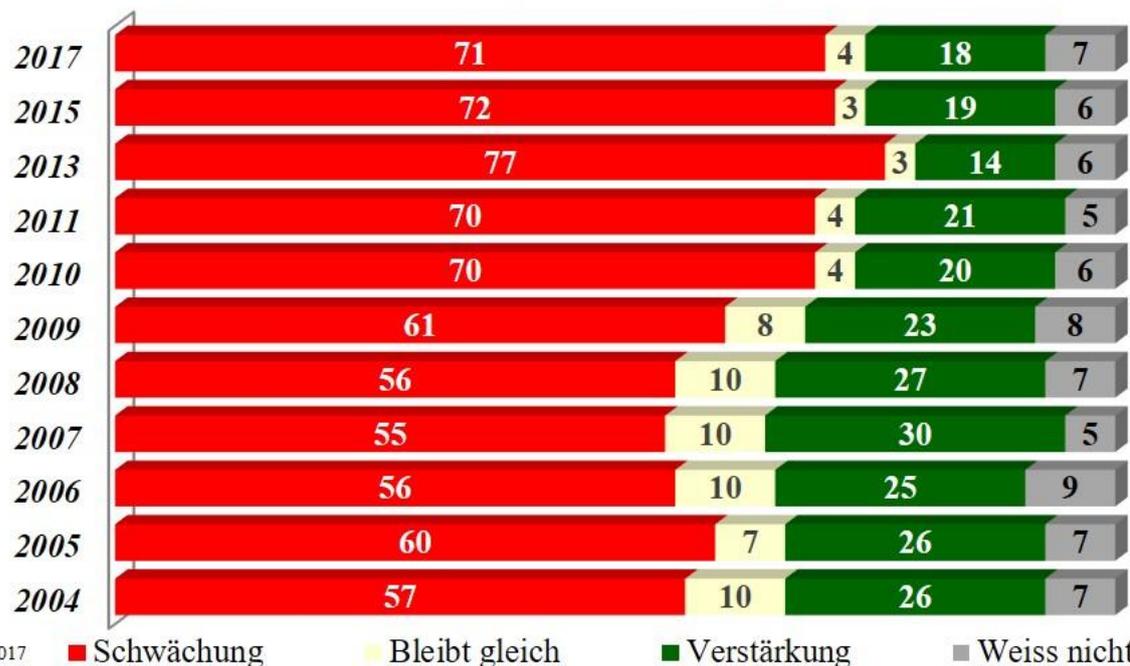
Grafik 14: Datenschutz

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Ist es Ihnen persönlich wichtig, dass die Privatsphäre und der Datenschutz auch in der Finanz- und Bankenwelt garantiert sind?»



«Denken Sie, dass in der Finanz- und Bankenwelt die Tendenz eher in Richtung einer Verstärkung oder einer Schwächung des Schutzes der persönlichen Daten geht?»



7. FINTECH

Die Digitalisierung ist im Begriff, die Welt zu verändern. Den Banken bietet dies einerseits vielleicht noch ungeahnte Möglichkeiten, die Entwicklung ist aber zweifelsohne auch mit grossen Herausforderungen verbunden. Aus diesem Anlass wurden in der aktuellsten Befragung zum ersten Mal Einstellungen der Schweizer Stimmbürgerschaft zum Bereich Fintech und damit verbundenen Themen erhoben.

Ganz allgemein blicken die Befragten für die Schweizer Banken optimistisch in die Zukunft (siehe Grafik 15). Die grosse Mehrheit (65%) nimmt an, dass diese zu den Gewinnern der Digitalisierung gehören werden. Nur 14% sind pessimistisch und erwarten, dass inländische Finanzinstitute auf der Verliererseite stehen werden. Rund jeder zwanzigste geht davon aus, dass es keinen Einfluss haben wird, 2% sehen keine eindeutige Tendenz und die restlichen 15% können dazu keine Auskunft geben. Auch hier sind die Antworten von der eigenen Meinung zu Banken im allgemeinen beeinflusst: Personen mit positiver Einstellung sind zu 71% auch davon überzeugt, dass die Schweizer Banken die sich durch die Digitalisierung bietenden Gelegenheiten beim Schopf packen und erfolgreich sein werden. Bankenkritische Befragte glauben nur zu 54% daran, die tiefste Zustimmungsrates zu diesem Item. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass eine grosse Mehrheit die Schweizer Finanzinstitute auf der Gewinnerseite sieht. Die Meinungen der jüngsten interviewten Personen (18-29 Jahre) sind eher polarisiert: Sowohl der optimistische Bereich (71%), wie auch die weniger zuversichtlichen Antworten (22%) vereinigen höhere Anteile auf sich als in der Gesamtstichprobe. Diese Altersgruppe der „digital natives“ zeichnet sich gleichzeitig auch durch sehr wenige Personen aus, die keine Antwort zu dieser Frage gegeben haben (3% im Vergleich zu zweistelligen Werten bei allen anderen Altersklassen).

Es wurde ebenfalls eruiert, als wie wichtig die Schweizer Bevölkerung gewisse Faktoren bewertet, damit die Schweizer Banken zu ebendiesen Gewinnern der Digitalisierung gehören. Als überaus bedeutsam betrachten die Befragten die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik (MINT). Ganze 91% (sehr und eher wichtig) sind der Ansicht, dass dort Nachholbedarf besteht, damit hiesige Finanzinstitute auf ein Reservoir von gut ausgebildeten Personen zurückgreifen können. Auch den Ausbau der allgemeinen inländischen Internetinfrastruktur schätzt eine hohe Zahl der Befragten (83%) als wichtig ein, damit die Finanzinstitute bei der industriellen Revolution 4.0 die Oberhand behalten. Geringfügig tiefer (75%) liegt der entsprechende Wert für Gesetze, die Firmengründungen im Bereich der Digitalisierung der Finanzbranche erleichtern sollen.

Etwas mehr als drei Jahre nach der Annahme der Volksinitiative „Gegen die Masseneinwanderung“ herrscht bezüglich deren Umsetzung noch keine Klarheit. Einerseits hat sich das Parlament auf eine Regelung geeinigt, gegen die zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Berichtes Unterschriften für ein Referendum gesammelt werden. Andererseits ist die Initiative „Raus aus der Sackgasse“ hängig, für welche der Bundesrat am 1. Februar 2017 die Vernehmlassung zu zwei Varianten für einen direkten Gegenvorschlag eröffnet hat. Es tut sich folglich immer noch viel in diesem Bereich und eine Frage der aktuellen Erhebung fühlt der Schweizer Stimmbevölkerung etwas den Puls in dieser Thematik: wie wichtig ist es gemäss den Interviewten für den Erfolg der Banken im Hinblick auf die Digitalisierung, dass ausländische Informatikspezialisten weiterhin in genügend grosser Zahl in der Schweiz zur Verfügung stehen. Insgesamt sind 67% der Meinung, dass dieser Faktor sehr oder eher wichtig ist. Die Zustimmung liegt damit etwas tiefer als bezüglich der anderen Aussagen, sie bildet aber eine Mehrheit. Gleichzeitig muss angemerkt werden, dass fast ein Drittel der Befragten findet, dieses Punkt geniesse keine hohe Priorität. Die Gespaltenheit der Schweizer Bevölkerung beim Thema Immigration kommt hier erneut zum Vorschein und angesichts der hohen Zustimmung zur Verbesserung der MINT-Aus- und Weiterbildung erhält die bessere Förderung und Ausschöpfung des inländischen Humankapitals ein besonderes Gewicht.

Interessanterweise finden Immigrationsmöglichkeiten für ausländische IT-Spezialisten in der Deutschschweiz mehr Rückhalt: 69% finden es dort eher oder sehr wichtig, dass ausländische Informatiker in genügend grosser Zahl für die Banken verfügbar sind. In der Romandie (61%) und im Tessin (59%) liegt die Unterstützung etwas tiefer. Während dies für die italienischsprachige Schweiz nicht überraschend ist, erstaunt es für die deutschschweizer Kantone auf den ersten Blick etwas, da diese mit wenigen Ausnahmen – und im Gegensatz zur Westschweiz – die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hatten. Man sollte aber nicht vergessen, dass andere Aspekte in die Meinungsbildung zur gestellten Frage hineinspielen. So kann eine tiefere Zustimmung auch damit verbunden sein, dass das Potential der einheimischen IT-Fachkräfte zuversichtlicher eingeschätzt wird, oder Fintech allgemein als weniger wichtig für die Schweizer Finanzbranche angesehen wird.

Bemerkenswerterweise zeigt sich kein nennenswerter Stadt-Land-Graben in dieser Frage. Allerdings lassen sich einige Unterschiede im Hinblick auf das Ausbildungsniveau ausmachen: während 25% der Personen mit Lehr- oder Gymnasialabschluss es als sehr wichtig erachten, dass den Banken genügend ausländische Informatikspezialisten zur Verfügung stehen, steigt dieser Anteil bei Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen auf 37%. Die Frage, ob diese Differenz durch die tendenziell eher immigrationsfreundlichen Ansichten der überdurchschnittlich gut Ausgebildeten begründet ist, oder stärker durch ein höheres Bewusstsein für die Ansprüche der Banken an die Qualifikation solcher Mitarbeitenden, kann an dieser Stelle nicht definitiv beantwortet werden. Die gleichmässig hohe Zustimmung zum Item bezüglich der Verbesserung der Schulung im MINT-Bereich über alle Bildungsklassen hinweg lässt aber eher ersteres vermuten.

Die Digitalisierung birgt viele Möglichkeiten, ist aber auch mit Gefahren verbunden. Eine weitere Frage des Zusatzmoduls zu Fintech hat Schweizer Stimmbürger nach ihrer Einschätzung bezüglich des Gefahrenpotenzials zu vier Aussagen gebeten (Grafik 16). Es zeigt sich, dass 86% der interviewten Personen die Risiken durch kriminelle Informatikattacken als sehr oder eher gross betrachten. Nur jeder Zehnte schätzt diese Gefahr als eher oder sehr klein ein. Angesichts der medialen Aufmerksamkeit, die diese Problematik in letzter Zeit in den Medien erfahren hat, erstaunt dieses Ergebnis nicht. So haben zum Beispiel diesbezügliche Berichte im Kontext des amerikanischen Wahlkampfes und angeblichen DDoS-Angriffe auf diverse Schweizer Webseiten wohl auch zu einem höheren Bewusstsein für die Vulnerabilität von Informatikinfrastruktur beigetragen. Der überdurchschnittlich hohe Anteil an politisch stark interessierten Personen, die dies als sehr grosse Gefahr bezeichnen (60%), deutet ebenfalls in diese Richtung.

Ein weiteres Statement befasst sich mit dem Risiko des Abbaus von Bankarbeitsplätzen durch Automatisierung. Eine Studie der Universität Oxford aus dem Jahr 2013 schätzt z.B., dass rund 47% der Beschäftigten in den USA ihren Job wegen Automatisierung verlieren könnten. Eine darauf basierende und durch Deloitte verfasste Analyse für die Schweiz, rechnet damit, dass 48% der Beschäftigten in den nächsten zwei Jahrzehnten durch Automatisierung ersetzt werden könnten. Dabei sind auch hochqualifizierte Arbeitnehmer gefährdet; die Automatisierungswahrscheinlichkeit für Steuerberater beträgt zum Beispiel 95%. Angesichts solcher Ergebnisse ist es nicht erstaunlich, dass sich Schweizerinnen und Schweizer dieses Risikos auch für den Bankensektor durchaus bewusst sind: 78% schätzen diese Gefahr als sehr oder eher gross ein, rund ein Fünftel ist gegenteiliger Meinung. Stark an Wirtschaftsfragen interessierte Personen schätzen dies mit 46% übrigens überdurchschnittlich häufig als sehr grosse Gefahr ein. Das Gegenteil trifft auf Personen in den höchsten Ausbildungskategorien zu: mit 33% befinden sich die Nennungen in der Kategorie „sehr grosse Gefahr“ unterhalb des Durchschnitts.

Als insgesamt etwas weniger hoch werden die Risiken eines Verlustes des persönlichen Kontakts und infolgedessen eines schlechteren Services für Bankkunden, sowie der Überwälzung von Aufgaben via E-Banking an die Kunden veranschlagt: 68% schätzen ersteres als sehr oder eher grosse Gefahr ein, 57% letzteres. Vor allem Kunden aus dem unteren finanziellen Segment befürchten, dass sie wegen der Digitalisierung keinen persönlichen Kontakt mit ihrer Bank mehr haben werden (73%), wohingegen dieser Anteil bei finanziell überdurchschnittlich ausgestatteten und wohlhabenden Haushalten etwas tiefer liegt (66%).

Die generelle Einstellung zu Banken beeinflusst auch die Antworten zur Frage, ob Bankkunden wegen der Digitalisierung via E-Banking immer mehr selber machen müssen ohne etwas davon zu haben: bankenkritische Personen schätzen dieses Risiko eher als gross oder sehr gross ein (66%) als Interviewte mit grundsätzlich positiver Einstellung (51%).

Was die Gefährdung des auf der Bank deponierten Geldes durch die Digitalisierung betrifft, zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Etwas weniger als die Hälfte (45%) der Befragten denkt, dass ihr Geld auf der Bank weniger sicher ist, 21% glauben, dass die Digitalisierung keinen Einfluss hat und 27% vermuten, dass ihre finanziellen Mittel sicherer aufbewahrt sind. Die Skeptiker finden sich vor allem in der Deutschschweiz (50% weniger sicher), wohingegen sich Tessiner und Romands eher weniger Sorgen machen (40% respektive 32% sicherer).

Zum Abschluss konnten die Interviewten angeben, mit wie vielen Bankfilialen mit bedienten Kundenshaltern sie in zehn Jahren noch rechnen (Grafik 17). Über 80% gehen davon aus, dass es diesbezüglich zu einer Reduktion kommen wird: vier von zehn Befragten denken, dass es etwas weniger bediente Bankschalter geben wird und 41% halten einen starken Rückgang für wahrscheinlich. Eine kleine Minderheit von 6% erwartet sogar, dass Schalter mit Bankpersonal fast komplett verschwinden werden, 9% sehen keine grossen Veränderungen für die Zukunft und 3% glauben hingegen, dass es in den nächsten zehn Jahren zu einem Anstieg der bedienten Bankfilialen kommen wird. In der Deutschschweiz gehen überdurchschnittlich viele von einer kleinen oder markanten Reduktion aus (83%, Romandie: 77%, Tessin: 73%). In allen Landesteilen denkt weniger als ein Zehntel, dass es fast keine Bankfilialen mit Kundenkontakt mehr geben wird. Besonders optimistisch zeigen sich Abgänger der Primar- und Sekundarschule: 23% erwarten keine Veränderungen oder sogar einen Ausbau.

Bei der letzten Frage des Moduls zur Zukunft der Banken im Zeitalter der Digitalisierung hatten die Interviewten die Möglichkeit, nochmals einen Blick in die Kristallkugel zu werfen und eine Einschätzung abzugeben, ob und in welcher Form die Finanzinstitute ihrer Meinung nach in 20 Jahren existieren. Fast die Hälfte erwartet, dass es die Banken noch geben wird, jedoch in stark veränderter Form. Vier von zehn Stimmbürgern sehen hingegen keine grossen Veränderungen auf die Banken zukommen und weitere 6% sind der Meinung, dass Finanzdienstleistungen in zwei Jahrzehnten durch komplett andere Anbieter erbracht werden. Der Glaube an den Fortbestand der Banken in ähnlicher Form ist insbesondere bei gegenüber Banken freundlich gesinnten Personen stark ausgeprägt: 45% erwarten Kontinuität, wobei die entsprechenden Werte für neutral 36% und negativ eingestellte Personen 34% betragen. Letztere denken dagegen überdurchschnittlich oft, dass die Banken komplett verschwinden werden (11%).

Insgesamt gibt das Zusatzmodul zu Fintech damit einen bemerkenswerten Einblick in die Erwartungen der Schweizerinnen und Schweizer bezüglich des Einflusses der Digitalisierung auf die Bankenwelt. Eine deutliche Mehrheit der Stimmbevölkerung sieht eine positive Zukunft für die Banken und denkt, dass hiesige Finanzinstitute zu den Gewinnern der Digitalisierung gehören werden. Gleichzeitig herrscht aber auch Konsens, dass zum Beispiel bei der Ausbildung in den MINT-Fächern noch Nachholbedarf besteht, damit sich diese zuversichtliche Prognose auch bewahrheiten kann. Kriminelle Informatikattacken werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern als ernstzunehmende Gefahr betrachtet und man geht nicht unbedingt davon aus, dass die technischen Entwicklungen das Geld auf der Bank sicherer machen. Einhergehend mit den Befürchtungen bezüglich eines Arbeitsplatzabbaus durch Automatisierung geht die grosse Mehrheit der Befragten auch davon aus, dass es in zehn Jahren weniger Banken mit bedienten Kundenschaltern geben wird, diese aber – in welcher Form auch immer – immer noch die Anbieter von Finanzdienstleistungen sein werden.

Grafik 15: Digitalisierung der Finanzbranche

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Wie für andere Wirtschaftszweige geht man davon aus, dass sich auch die Finanzbranche immer stärker digitalisieren wird. Was denken Sie, werden die Schweizer Banken bei dieser Entwicklung zu den Gewinnern oder den Verlierern gehören?»

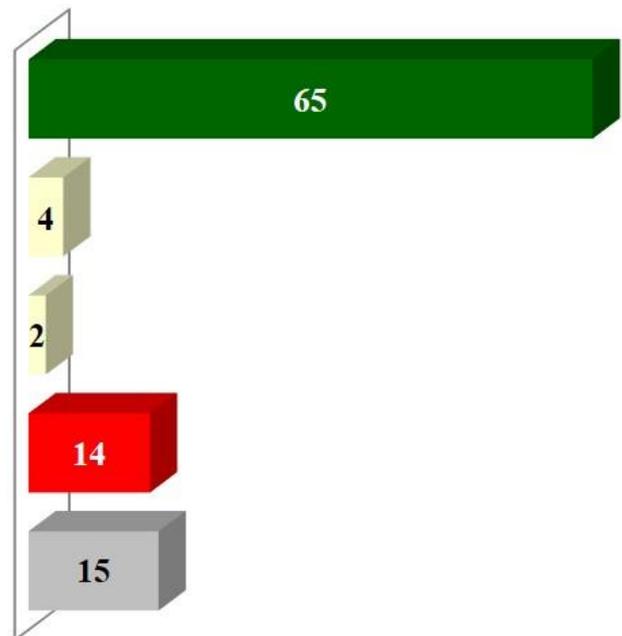
Schweizer Banken gehören zu den Gewinnern der Digitalisierung.

Schweizer Banken gehören weder zu den Gewinnern, noch zu den Verlierern - kein Einfluss.

Einige Schweizer Banken gehören zu den Gewinnern, einige zu den Verlierern - keine eindeutige Gesamtentwicklung.

Schweizer Banken gehören zu den Verlierern der Digitalisierung.

Weiss nicht



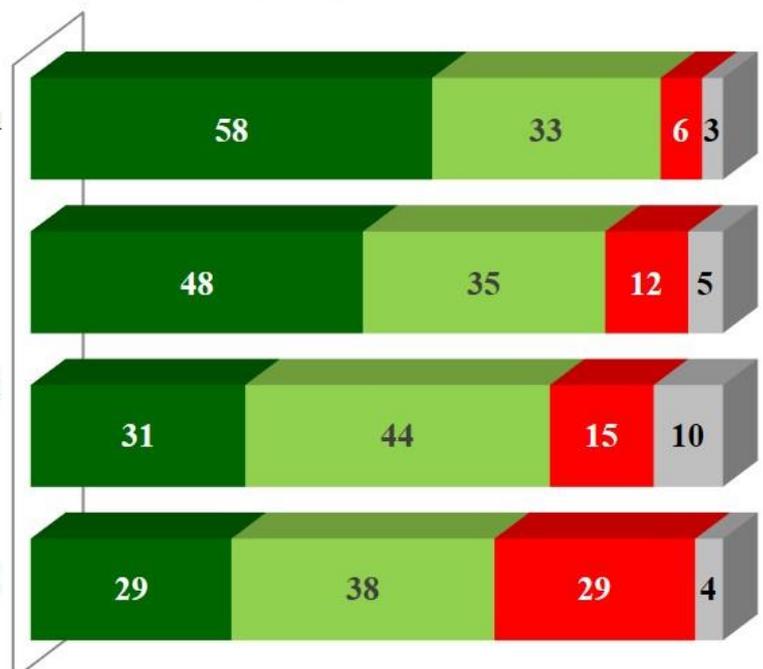
«Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Dinge, damit die Schweizer Banken zu den Gewinnern der Digitalisierung gehören?»

Die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern sowie im Informatik-Bereich.

Ausbau der allgemeinen Internetinfrastruktur in der Schweiz.

Gesetze und Regelungen, welche die Gründung eines neuen Unternehmens im Bereich der Digitalisierung der Finanzbranche erleichtern.

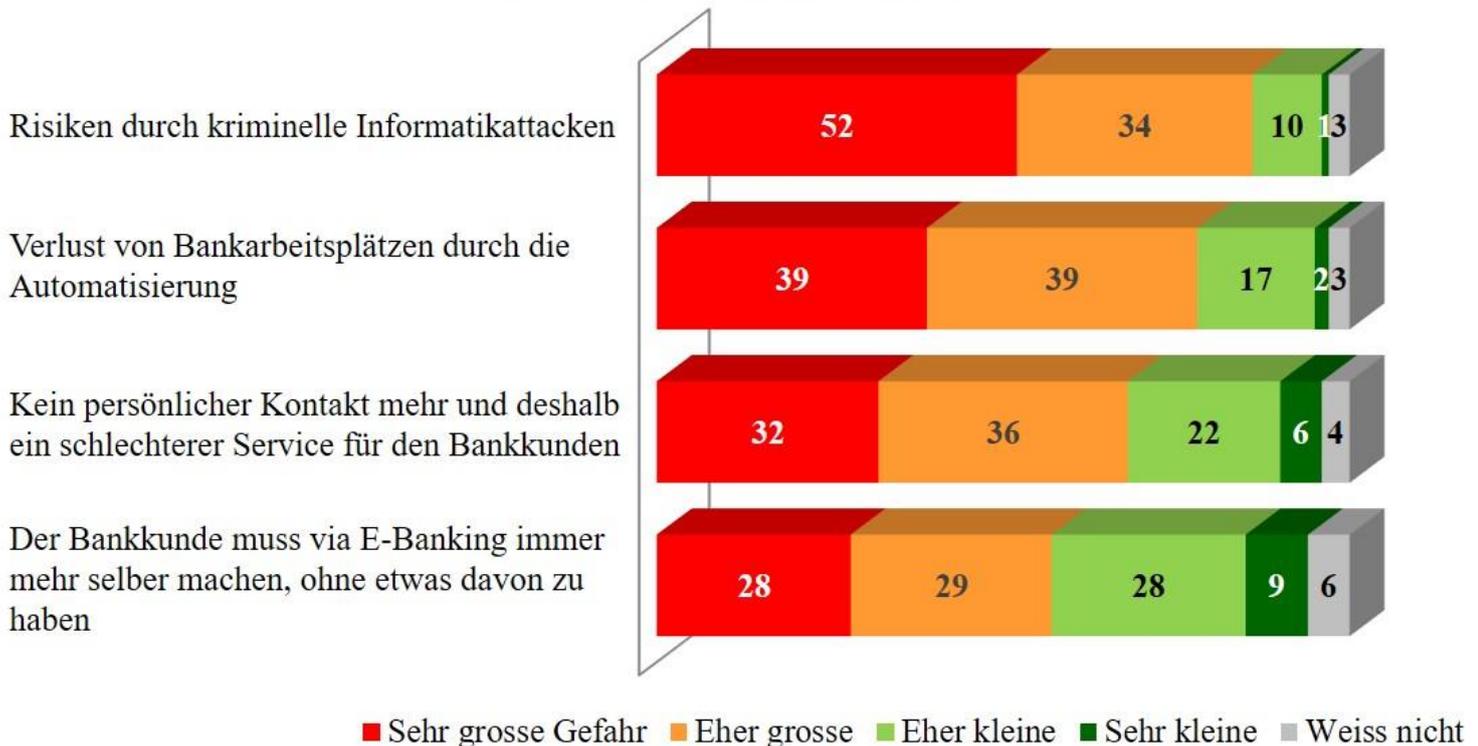
Sicher stellen, dass ausländische Informatikspezialisten weiterhin in genügend grosser Zahl in die Schweiz kommen können, um hier zu arbeiten.



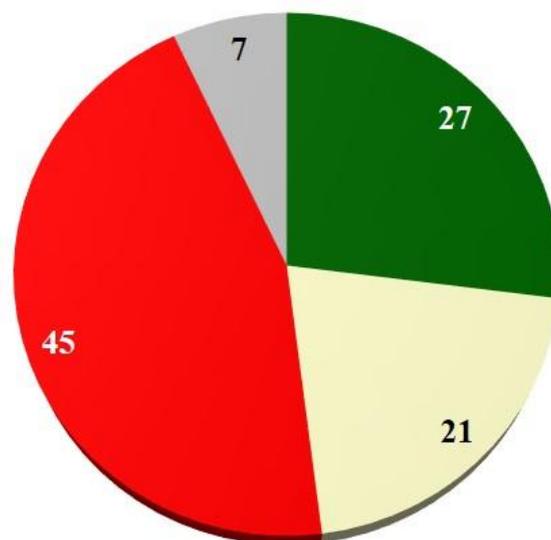
Grafik 16: Risiken der Digitalisierung

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Die Digitalisierung kann im Bankbereich auch mit Gefahren verbunden sein. Als wie gross beurteilen Sie die folgenden Gefahren?»



«Was denken Sie, ist Ihr Geld auf der Bank durch die Digitalisierung sicherer oder weniger sicher?»

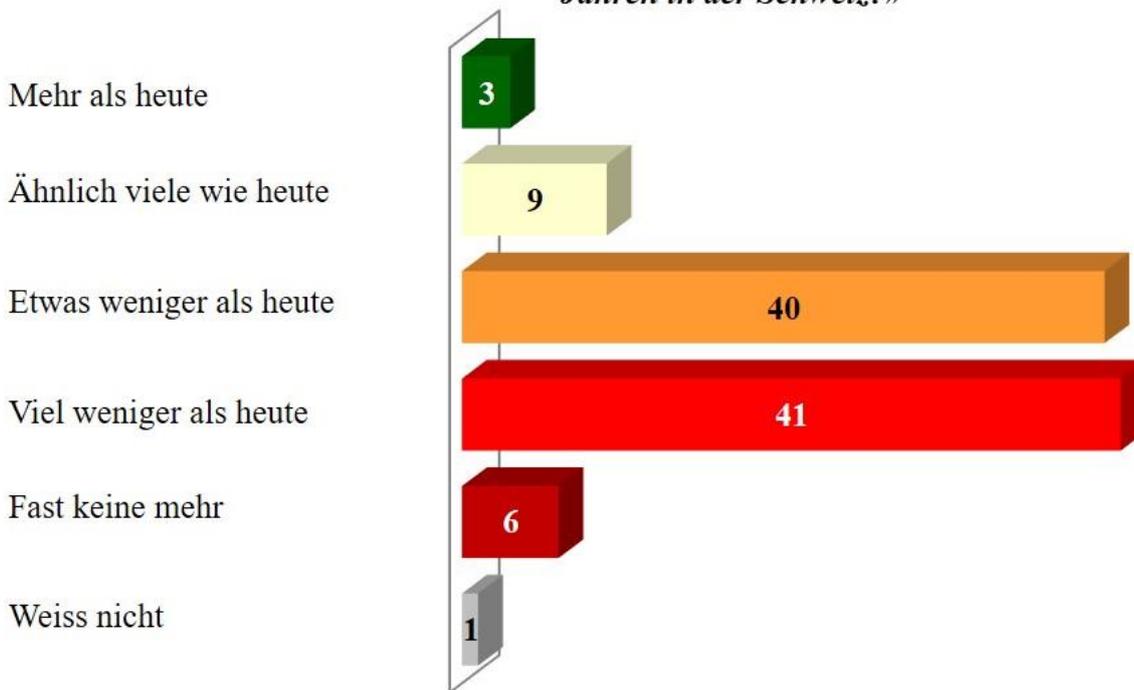


■ Sicherer
 ■ Weder noch
 ■ Weniger sicher
 ■ Weiss nicht

Grafik 17: Zukunft der Banken

(Basis : 1000 Schweizer Bürger ab 18 Jahren)

«Wie viele Bankfilialen mit bedientem Kundenschalter gibt es Ihrer Meinung nach in 10 Jahren in der Schweiz?»



«Und gibt es Ihrer Ansicht nach in 20 Jahren die Banken noch?»

